

b unabhängige **auernstimme**



Artgerechte Schweinehaltung praktisch umzusetzen und damit Geld zu verdienen ist ein Projekt was man vor allem wollen muss.



Es muss sich etwas bewegen in Sachen Milch, auf der Agrarministerkonferenz bewegten sich die Bauern und Bäuerinnen schon mal vor in den Sitzungssaal



Fast eine viertelmillion Menschen demonstrieren gegen ein Freihandelsabkommen, vor allem aber für die Demokratie

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Schievelbein

Haie in Berlin - Klima retten jetzt!



Die Seite 3

Die Demokratie muss es machen! 3



Agrarpolitik

Pestizide besteuern! 4
Märkte für EU-Milchpulver 5
„Schmidt komm raus!“ 6
Agrarindustrie im Jerichower Land 19



Bewegung

Mit Schleppern zur ANUGA 8
„Es lässt sich nichts planen“ 18
Von der Alm über die Pferdezucht zum Hirschgulasch. 20



Markt

Das interessiert die Bohne. 10



Schwerpunkt

Landwirtschaft im Klimawandel 11
Klimaschutz durch Erhalt des aufgebauten Humusvorrates. . . 12
Die wahre Lösung für die globale Klimakrise 13
Rohstoffkreisläufe in der Landwirtschaft. 14



Weitere Themen

Zu Besuch bei Claudia Gerster und Ruth Rohde, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Anzeigen, Veranstaltungen, Seiten 21/22; Kontakte/ Impressum, Seite 23



Auf nach Paris!

Die Sache mit der Erderwärmung können wir nicht allein den Politikern überlassen. Wir sind die erste Generation die den Klimawandel voll zu spüren bekommt, und die letzte die die Klimakatastrophe vielleicht noch verhindern könnte. Der Klimawandel ist ein existentielles humanitäres Problem für die Menschheit, und er ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Hauptverursacher sind auch Betroffene, doch die Hauptbetroffenen sind kaum die Verursacher. Hunderte Millionen Bäuerinnen und Bauern in den Ländern des Südens können nur darauf hoffen, dass wir im reichen Norden die Emissionen senken und unseren Lebensstil ändern; sie sind von uns abhängig und haben selbst kaum Handlungsspielraum. Sie leben oft am Existenzminimum, sind abhängig vom Wasser der Gletscher, von der Verlässlichkeit des Monsun, dem Ende der Trockenzeit, der Höhe der Flut, einfach davon das das in ihren Regionen ohnehin viel instabilere Klima nicht völlig aus den Fugen gerät. Sie können kaum Emissionen senken und sie können sich nicht anpassen an die stark zunehmenden Extreme. Wirtschaftsflüchtlinge sind schon jetzt oft Klimaflüchtlinge, und wir stehen erst ganz am Anfang dieser Entwicklung.

Bäuerinnen und Bauern, weltweit, sind die ersten direkt Betroffenen von den zunehmenden Wetterextremen unserer Tage, die Schäden sind schon jetzt immens. Starkregen, oft mehrere hundert Millimeter an einem Tag, Jahrhunderthochwasser alle paar Jahre, monatelange Trockenheiten und Ernteausfälle, obwohl wir mit plus 0,85 Grad noch ganz am Anfang der Entwicklung stehen. Es können drei bis fünf Grad werden, noch in diesem Jahrhundert, sagt der Weltklimarat, wenn die Menschheit sich nicht zu radikalen Maßnahmen durchringt.

Wollen wir weiter abwarten oder wollen wir unser Schweigen beenden? Wollen wir aufstehen und für das Klima und für die bäuerlichen Existenzen streiten? Machen wir uns nicht sogar schuldig, wenn wir nicht aktiv werden? Es gibt einen bäuerlichen Appell zur Klimakonferenz von Paris mit konkreten Forderungen an die Politik. So darf es keine Aufweichung der CO₂-Reduktionsziele in Deutschland geben. 40% bis 2020 und 95% bis 2050 müssen eingehalten werden! Bäuerinnen und Bauern können durch Humusaufbau, Energieeinsparungen und die nachhaltige Erzeugung von regenerativen Energien die Treibhausgase vermindern, dafür braucht es bessere politische und ökonomische Rahmenbedingungen. Die Vereinten Nationen haben mehrfach bekräftigt die Erderwärmung auf maximal zwei Grad begrenzen zu wollen, dass muss gesetzlich festgeschrieben werden. Wenn wir Bäuerinnen und Bauern die Stimme erheben, wenn wir uns engagieren, wenn wir einen kleinen Teil unserer Zeit für diese so wichtige Frage bereitstellen, diskutieren, demonstrieren, dann können wir sicher noch einiges bewirken für eine klimagerechte Zukunft. Auch der Papst hat klar gesagt, dass das bedrohte Klima unser aller Gemeingut ist, mit allen Rechten und Pflichten.

„Lasst uns nun aufstehen für das Klima“, wie es Wilfried Bommert, der Autor des Buches „Kein Brot für die Welt“ nach der gescheiterten Konferenz von Kopenhagen 2009 gefordert hat. Lasst uns nicht so kläglich unter unseren Möglichkeiten bleiben, sondern mutig eine Lebensweise entwickeln die menschlich ist, unseren Planeten nicht überfordert und das Klima nicht völlig zerstört. Die Politik braucht unsere Hilfe und unseren Druck. In Paris wird vom 29. November bis 12. Dezember über das Klima, über unsere Zukunft verhandelt. Sehen wir uns in Paris?

Das Scheitern des Klimaschutzes ist das Scheitern der menschlichen Humanität und Intelligenz.

*Ulf Allhoff-Cramer,
AbL- und Biolandbauer, Detmold*

Weitere Informationen unter:
www.klimaappell-bauernverbaende.de
www.die-klima-allianz.de/cop21-2/

Die Demokratie muss es machen!

Tausende Menschen demonstrieren für einen fairen Welthandel

Erst durch die Bauern und Bäuerinnen wird aus der abstrakten Buchstabenkombination TTIP für viele Menschen etwas Greifbares. „Was wir Bauern heute produzieren, landet morgen auf den Tellern der Menschen“, sagt AbL-Bundesvorsitzende und Almbäuerin Gertraud Gafus auf der Demonstration gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA. Es sei das große Ganze, das hier betrachtet werden müsse. Damit auch die Bauern und Bäuerinnen überall auf der Welt – und eben die und nicht nur die Agrarindustrie – weiterhin eine Chance hätten, qualitativ hochwertige Lebensmittel unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mensch, Tier und Umwelt zu erzeugen, deshalb sei sie hier dabei. Bei bestem Demowetter – Spätsommersonnenschein – kamen so viele Menschen nach Berlin, dass ein geordneter Demonstrationsablauf gar nicht mehr möglich war. Bei 150.000 hörte die Polizei auf zu zählen, da durften die S-Bahnen schon nicht mehr im Hauptbahnhof halten, weil der Washingtonplatz davor schlicht voll war; es ist lange her, dass so viele Menschen in Berlin demonstriert haben. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Gewerkschaften, Umwelt- und Eine-Welt-Organisationen sowie AbL und BDM

als bäuerliche Interessensvertretungen hatten dazu aufgerufen, ein starkes Signal der Bürger und Bürgerinnen gegen ein Handelsabkommen zu setzen, das bislang wenig transparent und maßgeblich im Sinne von Konzernen gestaltet wurde. Matthias Miersch, SPD-Bundestagsabgeordneter erklärte, es sei inakzeptabel, dass die EU-Kommission frei gewählten Abgeordneten immer noch die volle Einsicht in die TTIP-Unterlagen verwehre. Das taue nicht, um Bedenken auszuräumen. Zwar schaltete Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) noch am Tag der Demo selbst ganzseitige Anzeigen in Tageszeitungen für über 235.000 Euro, wie eine Bundestagsanfrage der LINKEN hinterher ergab. Darin betonte Gabriel – Bürgerengagement sei Dank – dass die Pferdefüße, wie mangelnde Transparenz und Beteiligung der Parlamente oder konzernabhängige Schiedsgerichte, bei TTIP längst ausgeräumt seien und man nun beruhigt weiter verhandeln könne. Übersetzt hieß das auch: Leute, bleibt zu Hause oder picknickt auf der Wiese vor dem Reichstag, aber lasst das Demonstrieren. Stattdessen musste die Polizei schließlich die Wiese vor dem Reichstag den Demonstranten als direkten Zugang zur Straße des 17. Juni überlassen, weil der Zug so



Mit dabei: AbL-Bundesvorsitzende Gertraud Gafus

lang wurde, dass der Anfang bereits an der Siegestsäule angekommen war, als ein nicht wenig umfängliches Ende immer noch am Hauptbahnhof darauf wartete, überhaupt loszulaufen.

Diskreditierungsversuche

Es ging in Berlin nicht um Abschottung, Antiamerikanismus und Vorrang der eigenen Interessen, sondern um einen gerechten Welthandel für alle. Daran änderten auch die Versuche der


TTIP-befürwortenden Industrie oder auch einzelner Medienvertreter nichts, die TTIP-Kritiker wahlweise in die unsachliche oder rechte Ecke zu stellen. „Wir können euch nicht verbieten, hierher zu kommen. Aber ihr seid hier nicht willkommen“, lautete die Durchsage der Veranstalter in Richtung AfD und NPD. „Auch die USA haben hier etwas zu verteidigen“, sagte BUND-Vorsitzender Hubert Weiger, „zum Teil viel höhere Verbraucherschutzstandards als wir.“ Aber er sagte auch: „Wir haben nicht seit Jahrzehnten für eine Gentechnikfreiheit gekämpft, damit diese durch ein Freihandelsabkommen unterlaufen wird.“ Landesbischof Cornelius Bundschuh von Brot für die Welt stellte heraus, dass es Transparenz und Mitsprache auch aus Sicht der Länder des Südens geben muss. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, machte klar, dass die Gewerkschaften weder gegen den internationalen Handel seien, noch die Globalisierung ablehnten. Nur seien die Früchte der Globalisierung immer ungleicher verteilt. Brauner Nationalismus hatte keinen Platz in Berlin-Mitte am 10. Oktober, vielmehr konnte man den Eindruck bekommen, hier ehrte – inmitten aller momentaner Kriege, Krisen und Katastrophen in der Welt – eine informierte und politische Bürgerbewegung die Demokratie, indem sie ihr Demonstrationsrecht friedlich nutzte und zu einem demokratischen Umgang mit dem Thema Welthandel aufforderte.



Ein breites gesellschaftliches Bündnis rief - mehr als 200.000 Menschen kamen

Fotos: Schievelbein

Tierwohl ungewollt

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) sieht keinen Handlungsbedarf aufgrund des Gutachtens seines wissenschaftlichen Beirats. Unter dem Titel: „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ hatten die Wissenschaftler konstatiert, das für eine zukunftsfähige Nutztierhaltung grundlegende Änderungen notwendig seien, um Vertrauen und Anerkennung der Gesellschaft zurückzugewinnen bzw. dauerhaft zu erhalten. Auf eine kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion antwortete Schmidt nun, der Beirat berücksichtige nicht hinreichend den Aufwand der die von ihm vorgeschlagenen Veränderungen bedeute und unterschätze den Einfluss der Politik. Grünen-Agrarsprecher Friedrich Ostendorff warf Schmidt vor, er scheue den Aufwand, den die Umsetzung der Empfehlungen mit sich bringen würde, „ebenso die notwendige Konfrontation mit dem Bauernverband und Wirtschaftsverbänden.“ 



Spritzen, wohin? Eine Zukunftsfrage

Foto: Amazone

Pestizide besteuern!

Landwirtschaftsminister Habeck legt ein Gutachten zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln vor

Wir müssen geeignete Wege finden, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und damit die Einträge in die Umwelt zu reduzieren“, so Robert Habeck, Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein bei der Vorstellung des von ihm in Auftrag gegebenen Gutachtens Anfang Oktober in Berlin. Das sei der Handlungsauftrag, der sich aus den EU-rechtlichen Vorgaben ergebe, und Ziel der Bundesregierung. „Daher sollten wir die Möglichkeit einer Steuer auf Pflanzenschutzmittel, wie es es schon in Dänemark, Frankreich und Schweden gibt, diskutieren. Ziel muss eine effiziente Lenkungswirkung sein“, so der Minister.

Immer mehr

Erstellt wurde das Gutachten vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig (UFZ). Die Wissenschaftler kommen darin zu dem Ergebnis, dass eine Steuer auf Pestizide wichtige Impulse zur Begrenzung des weiter steigenden Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln (PSM) in der Landwirtschaft setzen könnte. Damit würde neben einer Reduktion des Einsatzes derartiger Stoffe auch das daraus resultierende Risiko für Mensch und Umwelt verringert. Damit nehmen die Forscher Bezug auf den steigenden Einsatz von Pestiziden in den vergangenen Jahren. In den letzten 20 Jahren ist der Pflanzenschutzmittelabsatz um 36,7 Prozent gestiegen. Im Jahr 2013, so der Bericht, wurden in Deutschland knapp 100.000 t PSM mit über 30.000t an Wirkstoffen verkauft. Vor allem finden die Herbizide, Fungizide, Insektizide und Wachstumsregler Einsatz in

der Landwirtschaft. Darüber hinaus werden sie aber auch auf Gleisanlagen, Wegen und Plätzen verwendet. Derzeit sind in Deutschland annähernd 700 PSM und über 250 Wirkstoffe zugelassen, die von 92 Zulassungsinhabern und 106 Vertriebsunternehmen angeboten und von 12.290 registrierten Groß- und Einzelhändlern verkauft werden.

Dreistufiges Modell

Um den zukünftigen Einsatz von Pestiziden zu steuern und deren Anwendungsmenge insgesamt zu reduzieren, schlagen die Forscher eine Besteuerung vor, die sich aus drei Elementen aufbaut. Zum einen aus einem Grundabgabensatz in Höhe von 20 Euro für die maximal zulässige Aufwandmenge je PSM pro Hektar und Jahr (Hektar-Basispreis). So, die Einschätzung der Forscher, würden die „unterschiedlichen Wirkintensitäten der PSM und damit in pauschalisierter Form die ökotoxikologische Wirkung jedes PSM am besten und einfachsten widerspiegelt“.

Verfeinert werden soll das bewusst einfach gehaltene Abgabenmodell durch einen humantoxikologischen Faktor, der sich anhand der europäischen ADI- und AOEL-Einstufung berechnet und das Risikopotential des jeweiligen Wirkstoffs für Verbraucher und Anwender ausdrückt. Die dritte Säule ist ein Zusatzfaktor von 1,5, der für PSM gilt, die Wirkstoffe enthalten, welche in der EU als Substitutionskandidaten eingestuft sind.

Bereits Anfang dieses Jahres hatte die Europäische Kommission eine Durchführungsverordnung beschlossen, die eine

Liste mit 77 zu ersetzenden Wirkstoffen („Substitutionskandidaten“) festlegt. Für diese Stoffe gilt bei zukünftigen Zulassungen die „vergleichende Bewertung“. Zulassungsbehörden in Deutschland und den anderen EU-Staaten müssen seit August 2015 bei jedem neuen Zulassungsantrag für ein Pflanzenschutzmittel, das einen der 77 Wirkstoffe enthält, prüfen, ob dieser durch einen risikoärmeren zu ersetzen sei. Für in Haus- und Kleingärten zur Anwendung kommende Mittel soll der Zusatzfaktor 4 betragen.

Bloß nichts ändern

Den Einwänden unter anderem des deutschen Bauernverbands, eine zusätzliche Abgabe würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft nachhaltig behindern, entgegnet die Wissenschaftler, dass der PSM-Einsatz ohnehin typischerweise nur wenige Prozent der landwirtschaftlichen Produktionskosten ausmache. Die Einführung der von ihnen vorgeschlagenen Steuer würde diesen relativ geringen Kostenfaktor im Durchschnitt um rund 40 Prozent je Hektar verteuern.

„Das Gutachten ist Grundlage für eine intensive Diskussion“, betonte Habeck. Es zeige Wege auf, wie es gehen kann. Anregungen und Kritik würden in der Diskussion ernst genommen und in die Überlegungen einfließen. „Die Landwirtschaft steht unter großem ökonomischen Druck. Vor diesem Hintergrund gilt es, kluge Wege zu finden, wie potenzielle Einnahmen in die Landwirtschaft zurückfließen können, das ist ein wichtiger Aspekt“, sagte Habeck. mm

Märkte für EU-Milchpulver

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sichern Industrieinteressen

Afrika, insbesondere Westafrika ist seit langem ein wichtiger Absatzmarkt für Milchpulver aus der EU. Mit dem nach langjährigen Verhandlungen jüngst vereinbarten zu einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreement –EPA) mit der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) können sich Europäische Molkereien diesen Markt dauerhaft sichern. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind bilaterale Freihandelsabkommen der EU mit denen Exportmärkte in Afrika, der Karibik und im Pazifik geöffnet werden sollen - auch im Agrarsektor. Ein zentraler Streitpunkt in den EPA Verhandlungen war, wie viele Produkte von dieser Liberalisierung ausgenommen werden und damit weiter durch Zölle geschützt werden können. Die Einigung sieht nun vor, dass die ECOWAS-Staaten Zölle für etwa ein Viertel der Produkte beibehalten dürfen. Für welche Produkte dies gelten soll, ist zumindest offiziell alleine Entscheidung der ECOWAS Länder. Die haben beschlossen, im Molkereisektor nur Frischprodukte wie flüssige Milch und Joghurt von den Zollsenkungen auszunehmen. Für Milchpulver, auch das besonders billige mit Pflanzenfett angereicherte Magermilchpulver, sollen dagegen die ohnehin schon niedrigen Zölle von 5% inner-

halb weniger Jahre ganz abgeschafft werden.

Molkereien profitieren

Von dieser Maßnahme profitieren die Molkereien in der Region, die ihren „Rohstoff“ Milchpulver billiger einkaufen können. In den letzten Jahren haben europäische Molkereiunternehmen in westafrikanische Molkereien investiert. Diese wiederum sind darauf spezialisiert, importiertes Milchpulver in Portionspackchen umzupacken, und zu vermarkten, oder zu Fertigprodukten wie Joghurt weiterzuverarbeiten. Den MilchbäuerInnen in der Region nutzt dies nichts - im Gegenteil! Die Parlamente in EU und ECOWAS haben das EPA noch nicht ratifiziert. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Bauernverbände in Westafrika sprechen sich klar dagegen aus. Gerade im Milchsektor fordern sie die Zölle für Milchpulver nicht nur beizubehalten, sondern perspektivisch anzuheben. Damit könnte die Milcherzeugung besser dazu beitragen ländliche Räume zu entwickeln und die Armut zu bekämpfen. In Ostafrika ist auch mit Hilfe eines hohen Zollschatzes gelungen, eine überwiegend kleinbäuerliche Milchwirtschaft aufzubauen. Die Importe von Milchpulver werden im EU EPA mit Ostafrika auch nicht gesenkt.

Tobias Reichert,

Teamleiter Welternährung Germanwatch

Landverkauf zur Liquiditätssicherung

Einen ganz eigenen Weg hat das Land Sachsen-Anhalt gewählt, um den Milchbauern zu mehr Liquidität zu verhelfen. „Weiterhin habe ich mit der Landgesellschaft vereinbart, die Möglichkeit zu eröffnen, Flächen an die Landgesellschaft zu verkaufen, dann zurückzupachten, und wenn der Liquiditätsengpass überwunden ist, die Flächen zurückzukaufen. Auch das kann dazu beitragen, die im Moment schwierige Situation zu entschärfen“, teilte Landwirtschaftsminister Hermann-Otto Aeikens Ende September im Landtag mit. Offen ließ der Minister, ob mit einem Rückkaufrecht auch der Preis festgeschrieben wird oder ob dieser über die Zeit steigt, die Fläche also zum Spekulationsobjekt wird. Selbst bei einem festgeschriebenen Preis wird infolge des zweimaligen Verkaufs zweimal Grunderwerbssteuer zu entrichten sein. Bei einem kurzfristigen Rückkauf kann darüber hinaus eine Spekulationssteuer zu entrichten sein. Auch die Verwaltung durch die Landgesellschaft kostet in der Regel. Bei Verkäufen, bei denen die Landgesellschaft als Mittler nach dem Grundstücksverkehrsgesetz auftritt, berechnet sie sechs bis acht Prozent des Kaufpreises als Bearbeitungsgebühr. In jedem Fall aber muss eine Pacht in noch nicht benannter Höhe gezahlt werden. Vor allem aber sind die Flächen nicht mehr im Eigentum der Bauern. Ein Hilfsprogramm, das die Bauern enteignet, braucht keiner. Was Aeikens mit seinem Vorschlag tatsächlich beabsichtigt, ließ der Minister offen. *mn*

Widerstand gegen EPA

Unmittelbar vor der Demo „Stop TTIP“ am 10. Oktober tourten Yvonne Takang von ACDIC in Kamerun und Gyekye Tanoh aus Ghana vom Third World Network Africa durch Deutschland, um auf mehreren Veranstaltungen über das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und Ländern aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum zu berichten. Derzeit verhandelt die EU unter Hochdruck mit Ländern aus Westafrika. „Wir haben keine Transparenz über die Verhandlungen“, berichtete Takang. Wenn die EU mit einer Ländergruppe verhandele, dann würde zunächst mit den stärkeren Handelsländern bilateral verhandelt. Anschließend könnten die schwächeren Länder nur noch mitziehen, so Takang. Es gehe der EU vor allem darum, Zölle zu senken, damit weiterverarbeitete Produkte, insbesondere auch im für Afrika sensiblen Agrarbereich, gesenkt oder abgeschafft werden. „Wir müssen erst einmal unsere eigenen Märkte entwickeln, bevor wir uns auf dem Weltmarkt behaupten können“, sagte Takang. Der Widerstand in Afrika sei beachtlich, sagte Tanoh. Kirchen, Gewerkschaften, Frauengruppen, Bauernorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen arbeiteten zusammen, organisierten Demonstrationen, Aktionen oder gemeinsame Positionspapiere. Ziel müsse es sein, unter demokratischen Bedingungen gemeinsame Alternativen zum jetzigen System zu entwickeln. *bet*

Neue Züchtungsmethoden sind Gentechnik

Der Jurist Prof. Dr. Ludwig Krämer, Professor für Umweltrecht, stuft in einer von einem Verbändebündnis initiierten Studie, neue Züchtungsverfahren zur Veränderung des Erbguts („Genome Editing“ oder „Synthetische Gentechnik“) als Gentechnik ein. Bei den neuen Techniken werden beispielsweise kurze, im Labor hergestellte, synthetische DNA-Abschnitte (Oligonukleotide) und DNA-Scheren (Nukleasen) verwendet, um das Erbgut zu verändern. Laut Krämer erfüllen diese neuen Technologien die Kriterien der EU-Gentechnikregulierung nach der Richtlinie 2001/18, weil ihre Verfahren sich deutlich von „konventioneller“ Züchtung unterscheiden. Somit müssten sie wie Gentechnikpflanzen ein Zulassungsverfahren durchlaufen. Gerade dies will aber die Gentechnikindustrie verhindern. Sie fordert, dass neue Methoden zur Veränderung des Erbguts von Pflanzen und Tieren nicht als Gentechnik eingestuft werden und so von der Registrierung, Risikoprüfung und Kennzeichnung ausgenommen sind. Bis Ende 2015 will die EU-Kommission ihre Einschätzung des rechtlichen Status dieser Verfahren veröffentlichen. Gemeinsam fordern die Verbände, u. a. die ABL, die das Krämer-Gutachten initiiert haben, die EU-Kommission auf, die neuen Methoden in die Gentechnikregulierung einzuordnen. *av*



Verbändebündnis übergibt Protestnote anlässlich des Milch-Exportgipfels an Mitarbeiter von Landwirtschaftsminister Schmidt
Foto: ABL

„Schmidt komm raus!“

Die Agrarminister feilen an Kompromissen, während die Milchbauern das Tagungshotel stürmen und greifbare Taten fordern

Schon Anfang Oktober tagten die Länderagrarminister in Fulda. Neben einem Verbot der Legehennenhaltung, der Diskussion um die Neubewertung von Glyphosat, dem Ökolandbau, der Düngeverordnung, bilateralen Freihandelsabkommen, dem Antibiotikaeinsatz und vielem mehr stand die „Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung“ auf der Tagesordnung. Dass dieses Thema von besonderer Brisanz war und ist, machten die Milchbauern vor den Türen des Maritimhotels in Fulda deutlich. Mit rund 150 Schleppern, die auf dem Domplatz direkt neben dem Tagungsgelände parkten, waren über 500 Milchbäuerinnen und -bauern nach Fulda gekommen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Schon im Vorfeld der Agrarministerkonferenz, an der als Gast auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt teilnahm, hatten die Plattformverbände ein Forderungspapier verfasst, das die ihrer Ansicht nach notwendigen Schritte zur Beendigung der Milchkrise zusammenfasst. Wohl wissend, dass nicht die Agrarminister die Hauptakteure in der Milchpolitik sind, sondern Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt, wenden sich auch die Forderungen der Verbände an den Gast der Agrarminister. Gefordert werden eine kurzfristige Reduktion der Milchmenge sowie die Einführung einer Bonuszahlung für die Landwirte, „die ihre Milcherzeugung kurzfristig um mehrere Prozent reduzieren“. Im Ausblick auf den vom Bundeslandwirtschaftsministerium für Mitte Oktober angekündigten Exportgipfel fordern die Verbände, diesen zu einem „gesellschaftlichen Milchgipfel“ zu machen, anstatt durch eine forcierte Exportausrichtung einen weiteren Strukturbruch einzuleiten. Nur

durch eine gesellschaftlich gewollte bäuerliche Milchviehhaltung könne das weitere Wachstum der Tierzahlen hin zu wenigen Großbeständen verhindert werden. Die Milchviehhaltung mit ihrer Bedeutung für die Kulturlandschaft durch den Erhalt von Wiesen und Weiden drohe in der Folge zugunsten industrieller Großstrukturen verloren zu gehen.

Minister ringen

Gegen die klare Exportausrichtung des Bundeslandwirtschaftsministers hatten sich im Vorfeld der Agrarministerkonferenz die grünen Landesagrarminister positioniert. Christian Meyer, Agrarminister in Niedersachsen, forderte beispielsweise im Vorfeld der Konferenz die Einführung einer freiwilligen Milchmengenreduktion in Krisenzeiten bei gleichzeitiger Entschädigung, aktuell finanziert aus der Superabgabe in Höhe von 306 Millionen Euro, die deutsche Bauern für die Überlieferung 2014 entrichten mussten. Dazu müsse aber zunächst die Monitoring-Stelle der EU ausgebaut werden, die die Entwicklung der Milchmenge überwacht. Damit übernimmt Meyer stellvertretend für seine grünen Länderministerkollegen die Forderungen nach einem Marktverantwortungsprogramm des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter. In der Agrarministerkonferenz prallten dann offenbar beide Haltungen aufeinander: freie Märkte, Exporte und die Ausrichtung auf den Weltmarkt gegenüber einer an die Fläche gebundenen, der Region und Gesellschaft gegenüber verantwortlichen, bäuerlichen Milchproduktion mit fairen, die Arbeit entlohnenden Preisen. Immer wieder wurde die Abschlusspressekonferenz vertagt.



Die Milchbäuerinnen warten auf Ministerin Hinz

Vor den Toren des Maritim im Sonnenschein diskutierten die Milchbauern. Ein Marktverantwortungsprogramm muss her, so die einhellige Meinung. Außen vor zu stehen, während hinter dicken Mauern und geschützt von Polizei Politiker über die Zukunft der eigenen Höfe entscheiden, das war vielen der Anwesenden zu wenig. „Schmidt, komm raus!“ war die klare Botschaft, die auch im Tagungshaus zu vernehmen war. Der allerdings kam nicht. Und so kamen die Bauern. Überraschend für die Polizei bahnten sie sich ihren Weg durch den Schlossgarten. Zogen durch geöffnete Flügeltüren ins Maritimhotel. Nur die eilig von Personenschützern geschlossenen Türen zum Konferenzraum verhinderten den Durchmarsch. „Schmidt, komm raus!“ riefen die von ihrem Coup selbst überraschten Bauern und trommelten gegen die Glastüren. Der Minister kam nicht. Dafür die Staatssekretärin der hessischen Agrarministerin und Gastgeberin Priska Hinz. Sie bat um Zeit, die komplizierten Verhandlungen, die zu scheitern drohten, aber sich gerade im Interesse der anwesenden Milchbauern entwickelten, zu Ende gehen zu lassen. Unterdessen erklärte sich der Bundeslandwirtschaftsminister zu einem Gespräch mit einer Delegation von Milchbauern bereit.

Ein Wort in Klammern

Tatsächlich haben die Agrarminister an einem Kompromiss zum zukünftigen Vorgehen in der Milchpolitik gefeilt. Diesen muss man im Abschlussdokument der Agrarministerkonferenz allerdings suchen. Er spiegelt sich in einem Wort in Klammern wieder: flexible Angebotsregulierung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „sich auf allen Ebenen, insbeson-

dere auf EU-Ebene für die Prüfung der vorgeschlagenen Instrumente (Versicherungslösungen, flexible Angebotsregulierung, private Lagerhaltung, kurzfristige Herauskaufmaßnahmen, etc.) zur Marktentlastung auf allen Ebenen (Betriebs- und Molkereiebene) einzusetzen“. Geschuldet ist dieser – vielen gering erscheinende – Erfolg dem Bestreben der Agrarminister, einstimmige Entscheidungen zu treffen. Dass Schmidt auch weiterhin des Drucks der Milchbauern bedarf, damit er von seinen Exportträumen Abstand nimmt, machte der Minister unmittelbar nach Abschluss der Tagung deutlich. Er sei offen für Diskussionen, betonte der Minister, um direkt anzuschließen, bis jetzt habe er keine Kenntnis von einem stimmigen, überzeugenden Modell zur Mengensteuerung. Den für Mitte Oktober anberaumten Exportgipfel benannte er in der Pressekonferenz spontan in Wertschöpfungsgipfel um. Im Bundesministerium allerdings ist klar: Es ist ein Exportgipfel. Teilnehmer sind nämlich vorrangig exportierende Unternehmen und im Export engagierte Verbände.

Milchbäuerinnen im Gespräch

Eine Gruppe von Milchbäuerinnen von AbL und BDM suchten das direkte Gespräch mit der Gastgeberin Ministerin Priska Hinz. Neben der Schilderung ihrer Situation nutzten die Milchbäuerinnen die Möglichkeit, Hinz in ihrem Vorgehen, sich für eine Mengensteuerung einzusetzen, stellvertretend für die grünen Agrarminister zu bestärken. Hohe Mauern sind nicht nur um die Tagungszentren, sondern auch in vielen Köpfen. Dass man diese überwinden kann, haben die Milchbauern in Fulda bewiesen.



Bis in Vorraum des Konferenzsaals kamen die Bauern bei ihrem Ansturm Fotos: Nürnberger

Solidarität im Molkereistreik

Gemeinsames Interesse an Rahmenbedingungen für faire Entlohnung

Anlässlich der anhaltenden Warnstreiks der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) bei bayrischen Molkeereien in der Tarifaueinndersetzung um Lohnerhöhungen hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) dem NGG-Landesverband und weiteren Gliederungen der NGG ihre Solidarität ausgesprochen. Die AbL erinnerte daran, dass von Bauernseite der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) vor einigen Jahren einen bundesweiten Milchstreik für faire Milcherzeugerpreise organisiert und dabei wichtige Solidarität auch aus den Reihen von NGG und von Molkeerei-Betriebsräten erfahren habe.

„Es geht um faire Bezahlung von Milch und Arbeit“, so der stellvertretende AbL-Bundesvorsitzende und Milchbauer Ottmar Ilchmann, „und es geht um eine gemeinsame Strategie, die die dafür notwendigen Rahmenbedingungen für Beschäftigte und Milchbauern nachhaltig sichert.“ Abzulehnen sei eine neoliberale Milchpolitik von Molkereimanagern, die auf ris-

kante und nicht kostendeckende Massenausporte in Drittländer setzten und bereit seien, hiesige bewährte soziale und ökologische Qualitätsstandards einer inakzeptablen Freihandelsausrichtung zu opfern. Gerade in der jetzigen Milchmarktkrise mit ihren anhaltend ruinösen Erzeugerpreisen dürften sich Bauern und Arbeitnehmer von Managern und Verbänden der Milchindustrie nicht gegeneinander auspielen lassen.

Der Landesbezirksvorsitzende der NGG Bayern, Freddy Adjan, bedankte sich daraufhin, erfreut über die bekundete Solidarität mit den ca. 14.000 Beschäftigten in der bayerischen Milchwirtschaft, und betonte: „Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben wissen um den Wert der Milch und fordern eine faire Bezahlung nicht nur für ihre eigene Arbeitsleistung, sondern auch für alle Milchbauern. Es wird den Molkereien nicht gelingen, einen Keil zwischen die Milchbauern und die Beschäftigten der bayerischen Milchwirtschaft zu treiben.“ *en/cw*



Preisverleihung mit tierischem Rückenwind

Foto: Aktion 3. Welt Saar

Agrarprojekt „ERNA goes fair“ ausgezeichnet

Zum Welternährungstag am 16. Oktober wurde in Münster der Ökumenische Förderpreis von Brot für die Welt und Katholischem Fonds an die Aktion 3. Welt Saar verliehen. In deren langjährigem Agrarprojekt zur Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit (ERNA) vernetzen sich in bundesweit einzigartiger Zusammensetzung Bauern, Naturschützer, 3.Welt Engagierte und Gewerkschaften. Die von beteiligten Bauernorganisationen angestrebte Bündelung von Milch oder anderer Agrarprodukte ist ähnlich der Bündelung von Arbeitskraft durch Gewerkschaften – nicht der Einzelne verhandelt alleine. Provokant wird z.B. der Irrsinn des globalisierten Milchmarktes zugespitzt: „Deutsche Kühe weiden in Paraguay und scheißen auf die Bauern im Senegal“. In Paraguay werden Bauern enteignet, um Flächen mit Soja zum Export als Futtermittel u.a. für deutsche Kühe anzubauen. Die politisch von der EU gewollte Überproduktion an Milch wird als Kondensmilch und Milchpulver nach Westafrika exportiert und zerstört dort die Lebensgrundlagen von Milchbauern. Auch in Deutschland und in der EU werden Milchbauern durch die neoliberale Agrarpolitik zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen. Dagegen regt sich weltweit Widerstand. Bauernproteste nehmen zu. Solche Zusammenhänge finden sich z.B. auf einem von ERNA erstellten Agrarplakat aufbereitet, das an Stalltüren und in Klassenzimmern hängt. *cw*

Milchbauern in Montichiari

Zur Mitgliederversammlung des European Milk Board (EMB) trafen sich am 13. und 14. Oktober in Montichiari/Norditalien Vertreter von 14 EMB-Mitgliedsverbänden aus elf europäischen Ländern. Die AbL ist eines von zwei deutschen Mitgliedern. Interessant war der Austausch über die Situation in den jeweiligen Ländern. Es ist erstaunlich, wie unterschiedlich die Erzeugerpreise trotz der überall angeblich vorherrschenden Weltmarktorientierung sind. Sie reichen von 19 Cent (bzw. sogar nur 10 Cent netto bei Kleinstbetrieben) in Litauen bis zu 35 Cent in Italien. Trotzdem besteht überall eine Kostenunterdeckung von 10 bis 15 Cent, auch in Nicht-EU-Staaten wie der Schweiz und Norwegen. Dementsprechend berichteten auch alle Vertreter von starken Aktionen der Milcherzeuger in ihren Heimatländern. Eine Koordinierung dieser Proteste ist allerdings sehr schwierig, weil die Stimmung unter den Milcherzeugern überall sehr unterschiedlich ist, und weil auch Mentalitätsunterschiede sehr deutlich werden; was für ein Land selbstverständlich zur „Demonstrationskultur“ gehört, ist in einem anderen undenkbar. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Aktionen der einzelnen Verbände schnell und umfassend kommuniziert würden. Denkbar wäre ein europaweiter Aktionstag, an dem alle Verbände dann unterschiedliche Aktivitäten entwickeln. Einigkeit bestand allerdings darin, weiterhin gemeinsam die europäische Milchpolitik und auch ganz konkret Kommissionspräsident Juncker in die Pflicht zu nehmen. *Ottmar Ilchmann*

Sojaanbau in Europa nimmt zu

Laut dem Verein „Donau-Soja“ wird in diesem Jahr in Europa wohl in etwa die gleiche Menge an zertifiziert gentechnikfreiem Soja geerntet werden wie 2014. Es gäbe deutliche Zuwächse bei der Anbaufläche. Allerdings dezimierte die Trockenheit die Erntemengen. Dieses Jahr könnten es 5,5 bis 6 Mio. Tonnen Soja werden. Der Löwenanteil (ca. 3,3 Mio. t) wird aus der Ukraine stammen. Hier stieg die Anbaufläche im Vergleich zu 2014 um fast 9% (1,95 Mio. Hektar). Italien ist der zweitgrößte europäische Sojaerzeuger. Die Bewässerungssysteme dort sorgen trotz Trockenheit für ähnliche Erträge wie 2014. Die Anbaufläche beträgt aktuell 330.000 Hektar. Weiterer bedeutender Sojaproduzent ist das Nicht-EU-Mitglied Serbien: Hier wird mit einer Ernte von 450.000 Tonnen Soja gerechnet, die Fläche stieg um 19,5 % auf 184.000 Hektar. Besonders hoch war der Flächenzuwachs in Ungarn (80 %). Die Ernte ist auf 150.000 Tonnen prognostiziert. Auch Rumäniens Anbaufläche wuchs um ca. 38 % (110.000 Hektar), die Ernte könnte 140.000 Tonnen betragen. Österreich rechnet mit circa 100.000 Tonnen, die Fläche stieg um 34 % auf 56.500 Hektar. Eingestiegen in die Sojaproduktion sind Bulgarien und Polen (35.000 bzw. 20.000 Hektar). *av*

Exportwahn schadet Landwirtschaft

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt möchte die Milchkrise nach wie vor mit mehr Exporten lösen, Mitte Oktober lud er Markteteiligte zum Exportgipfel in sein Haus. „Mir liegt besonders am Herzen, dass die Verbände eine klare Exportstrategie verfolgen, an der mein Haus seine Aktivitäten ausrichten kann. Wir wollen uns heute darüber verständigen, wie wir unsere Aktivitäten noch besser verzahnen und bündeln können“, lies er dazu verlautbaren. Vor seiner Haustür protestierte ein Bündnis aus entwicklungspolitischen Verbänden und der AbL: Eine Exportoffensive zu diesen niedrigen Weltmarktpreisen könne keine Lösung für die Bauern hier sein, warnten AbL, Brot für die Welt, Germanwatch und MISEREOR. Zudem seien Marktstörungen in Entwicklungsländern wie Burkina Faso oder Nigeria dann vorprogrammiert. Mit dem Ziel, auskömmliche Erzeugerpreise für Milch zu sichern, seien Milchpulverexporte daher kaum vereinbar. „Die von Landwirtschaftsminister Schmidt betriebene Weltmarktorientierung untergräbt entwicklungspolitische Ziele. Der europäische Exportwahn schadet der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa und Afrika, da sie dem gnadenlosen Preiswettbewerb und der Volatilität des Weltmarkts ausgesetzt werden. Die niedrigen Erzeugerpreise sind nicht Schicksal, sondern Resultat von politischen Entscheidungen wie der Abschaffung der Milchquote“, kommentierte auch Milchbäuerin und grüne Europaabgeordnete Maria Heubuch. *cs*

Riesen-Stahl-X gegen Straathof-Saustall

250 Teilnehmer haben in Alt Tellin (Vorpommern) im September direkt vor der Schweinefabrik des Multi-Agrarindustriellen Adriaan Straathof „Europas größtes Protestkreuz gegen Europas größten Saustall“ eingeweiht. Jörg Kröger, Sprecher der Bürgerinitiative „Rettet das Landleben am Tollensetal“ enthüllte das vom Künstler Norbert Herfurth gestaltete, sechs Meter hohe Riesen-X aus Stahl. Kröger dankte den vielen Bürgerinitiativen im bundesweiten „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ für die Unterstützung und auch den Sponsoren wie dem Deutschen Tierschutzbund und dem Unternehmerverband Milan. Corinna Cwielag (BUND Mecklenburg-Vorpommern), beleuchtete die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen des Kampfs. Kerstin Lenz vom Deutschen Tierschutzbund sprach über das Leid in der industriellen Tierhaltung und forderte ein Verbandsklagerecht auch für Mecklenburg-Vorpommern. Felicitas von Klitzing, deren Familie den Platz auf ihrem Acker für das Protestkreuz zur Verfügung stellte, forderte eine nachhaltige und verantwortungsvolle Landwirtschaft ein. Eckehard Niemann vertrat gemeinsam mit Bundesvorstandmitglied Helmut Precht die AbL. Kurz nach der Enthüllung ist das tonnenschwere Protestkreuz gestohlen worden. *en*

Weitere Fotos und Infos unter: <http://www.saustall-tellin.de>



3,3 Millionen Unterschriften gegen TTIP

In einem Jahr hat die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stop TTIP“ europaweit 3,3 Millionen Unterschriften gesammelt. Die Hälfte der Unterschriften sind in Deutschland gesammelt worden. Dass die Bewegung gegen Handelsabkommen wie TTIP (EU/USA) und CETA (EU/Kanada) mittlerweile eine europäische ist, zeigt das Ergebnis, dass in 23 EU-Ländern das „Länderquorum“ erreicht wurde. Das ist eine Mindestzahl an Unterschriften, die in einem Land erreicht werden muss. In Deutschland beträgt das Quorum 72.000, in Frankreich 55.000 usw. Zudem wird die EBI von 500 Organisationen EU-weit getragen. Diese Europäische Bürgerinitiative wurde von der EU-Kommission im letzten Jahr mit hanebüchenden Argumenten abgeschmettert. Gegen diese Ablehnung erhob die EBI Einspruch vor dem EuGH, dessen Entscheidung noch aussteht. Gleichzeitig startete die selbstorganisierte Bürgerinitiative „Stop TTIP“. Die Voraussetzung einer erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative, wie eine Million Unterschriften und Länderquoren in sieben Ländern in einem Jahr, sind mehr als übertroffen worden. Deshalb geht es weiter unter dem Kampagnennamen: „Europäische Initiative gegen TTIP und CETA“. Die Unterschriften werden zusammengerechnet, doppelt unterschreiben wird nicht gezählt. Mitmachen, mitsammeln: stop-ttip.org/de *bet*

Mit Schleppern zur ANUGA

In Köln demonstrieren die Milchbauern gegen niedrige Preise

Die nach eigenen Angaben weltweit führende Ernährungsmesse für Handel und Gastronomie/Außer-Haus-Markt ANUGA war das Ziel von 200 Milchbauern, die mit 80 Schleppern nach Köln gekommen waren. Es war der Tag der Eröffnung. Besucher aus vielen Teilen der Welt kamen, um zu erfahren: „Was wird bald gekauft? Welche Trends deuten sich an? Wie isst und trinkt man demnächst in Asien? Wo auf der Welt warten die größten Potentiale für mein Geschäft?“ Direkt vor den großen Messehallen parkten die Traktoren mit Hängern und Transparenten. „Wir wollten ein Signal an die ANUGA-Aussteller und Besucher richten“, beschreibt Michael Alterauge, Teamleiter des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM), das Anliegen der Demonstranten. Von der Milchindustrie, die in der ganzen Breite auf der ANUGA vertreten war forderten die Bauern endlich wieder eine Wertschöpfung bis in den Kuhstall. Aber auch der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) sollte angesprochen werden. Zwar sei dieser nicht der Verursacher der Preisermisere, das seien die Bauern selbst, so Alterauge, aber der LEH soll aufgefordert werden die Forderungen nach einer flexiblen Mengensteuerung, wie sie das Marktverantwortungsprogramm des BDM vorsieht, zu unterstützen. Das Motto der Milchindustrie lautete in Köln hingegen „Dairy unlimited“, was in Form von unbegrenzter Milchlieferung die Preise für die Erzeuger in katastrophaler Weise hat abstürzen lassen. „Die Wertschöpfung aus dem gestiegenen Umsatz mit Milch und Milchprodukten streichen sich alle Verarbeiter der Wertschöpfungskette ein, nur auf den Höfen kommt nichts mehr an“, so die Kritik von Bernd Schmitz, Landesvorsitzender der AbL NRW.

Direkt angesprochen fühlen soll sich vor allem auch der zur Messeeröffnung

angereiste Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt. „Er soll wissen, dass wir ihn überall besuchen werden“, erklärte Alterauge, der auch wenige Tage zuvor bei der Agrarministerkonferenz in Fulda gewesen war.

Remmel kommt Raus

Als weiterer Redner war Wilfried Bommert, Journalist und Buchautor, nach Köln gekommen. Bommert, der sich in seinen Büchern immer wieder kritisch mit den Grundlagen einer zukünftigen Ernährung weltweit beschäftigt, verdeutlichte auch vor den Toren der ANUGA die weltweite gesellschaftliche Dimension der europäischen bzw. deutschen Milchkrise. In einem Wirtschaftssystem, das auf maximale Gewinnerzielung ausgerichtet ist, müssen die Rohstoffe möglichst günstig sein und deren Erzeuger dementsprechend gering entlohnt werden.

Spontan reagierte Johannes Remmel, grüner Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, und unterbrach seinen Messebesuch, um zu den Milchbauern zu sprechen. Er erläuterte die Position der grünen Landwirtschaftsminister, die sich für eine flexible Mengensteuerung ausgesprochen hätten. Und berichtete von den schwierigen Verhandlungen bei der Agrarministerkonferenz, wo es schlussendlich aber gelungen sei, auch die Mengensteuerung als eine Möglichkeit zur Krisenbewältigung zu prüfen.

Der Ort der Kundgebung war gut gewählt, direkt vor den Eingängen. Die Besucher aus vielen Teilen der Welt strömten vorbei und nutzten ihre Smartphones, um Bilder zu machen. Offen und aufmerksam wurden die Anliegen der Demonstranten wahr- und mitgenommen. Wie später zu hören war, wurde an vielen Ständen, vor allem an denen der Molkeristen, über die Lage am Milchmarkt und die Situation der Milchbauern lebhaft diskutiert. *mn*



Milchbauern demonstrieren vor den Messehallen

Foto: Schmitz

Betriebsspiegel:

Sonnengut Gerster, Demeter Sachsen-Anhalt, Biobetrieb seit 1994,
Mitarbeitende: Claudia & Gerhard Gerster mit Familie und 4 Angestellten
100 ha Ackerland, 50 ha Grünland
20 Milchkühe, 30 Mutterkühe mit Nachzucht
30 Mastschweine mit 3 Muttersauen und Eber, 130 Legehennen, 5 Bienenvölker, 4 Pferde, hofeigene Backstube und Käseerei, Ferienwohnung, Direktvermarktung

„Ich will Farmer werden!“ Mit diesen Worten begrüßte uns der junge afrikanische Mann beim Begegnungsfest in Freyburg, zu dem der Landrat 150 Flüchtlinge und Asylsuchende sowie ortsansässige Gewerbebetriebe und Landwirte eingeladen hatte. Wir tauschten Telefonnummern und

Adressen und ließen uns durch die vielen bürokratischen Hürden nicht entmutigen (unsere langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Ämtern kamen uns dabei zugute). Und nun kommt Mehari, ein dreißigjähriger Mann aus Eritrea, zweimal in der Woche auf unseren Hof, um im Rahmen eines Praktikumsprojektes bei uns zu arbeiten.

Viel haben wir in der Zwischenzeit von ihm erfahren können. In seinem Heimatland wohnte Mehari auf dem Land, wo der Vater ebenfalls Bauer ist. Die Bodenbearbeitung erfolgt mit Rindern, außerdem hält die Familie Schafe, Ziegen und Hühner. Als Achtzehnjähriger

wird Mehari, wie alle jungen Männer in Eritrea, zwangsrekrutiert, um im Bürgerkrieg zu kämpfen. Einmal in dieser Zeit darf er seine Familie und seine Frau besuchen, einen Wehrsold zahlt das Land, welches seit 1993 unabhängig, aber in ständige Kriegshandlungen verwickelt ist, nicht. Die Dauer des Wehrdienstes ist zudem völlig offen. Beim zweiten Heimaturlaub nach sechs Jahren gelingt Mehari die abenteuerliche Flucht nach Europa, die mehrere Jahre dauert und welche er zum Glück überlebt. Nun ist es möglich, ab und an mit der Familie zu telefonieren, da einer seiner Geschwister

ein Mobiltelefon besitzt und Mehari sich nun in Sicherheit befindet. Nie wieder, so erzählt er uns, möchte er nach Eritrea zurückkehren, da ihm dort sofortige Verhaftung und Folter drohe.

Fasziniert ist Mehari von den vielen unterschiedlichen Maschinen und Werkzeugen, die es in Deutschland gibt. Wir müssen sehr lachen, als wir an einer Bahnschranke, welche automatisch schließt, anhalten und Mehari sofort entscheidet, dies seinem Vater beim nächsten Telefonat mitzuteilen. Überhaupt bringt Mehari viel Fröhlichkeit mit auf den Hof. Unsere Kinder sind fasziniert von seiner Geschicklichkeit und Schnelligkeit und wir freuen uns auf die nächsten gemeinsamen Arbeitstage und tatkräftige Mithilfe bei der Kartoffelernte, beim Weidezaunbau etc. Bei der Arbeit haben wir Zeit, nebenbei Deutsch zu üben (Huhn – Hühner ...) und Mehari notiert sich sofort die neuen Vokabeln in einem kleinen Büchlein, welches er immer bei sich trägt. In Zukunft möchte Mehari auf dem Land leben und in der Landwirtschaft arbeiten. Wir hoffen, dass wir ihn ein Stück auf seinem Weg begleiten können.

Claudia Gerster,
Dietrichsroda

„Ich will Farmer werden“

Am 7. Oktober versammelten sich 24 große und kleine Menschen im Schaugarten in Schönhagen im thüringischen Eichsfeld, um sich an der guten und reichlichen Ernte zu freuen und dankbar auf eine bunte und ereignisreiche Gartensaison zurückzublicken. Diese begann mit einem grandiosen Auftakt: der Jungpflanzenbörse mit gleichzeitiger Auszeichnung des Schaugartens vom Bundesumweltministerium im Rahmen der UN-Dekade Biologische Vielfalt. Ziel der Dekade 2011–2020 ist es in Deutschland, möglichst viele Menschen für den Schutz und den Erhalt der Biodiversität zu begeistern.

Im Schaugarten gedeihen auf rund 700 m² biologisch bewirtschafteter Gartenfläche über 300 verschiedene Gemüse, Kräuter und Blumen – eine Oase der Nutzpflanzenvielfalt. Workshops und Seminare zu verschiedenen Themen rund um Garten und Pflanzen, wie z. B. Saatgutaufbereitung, Gewürz- und Heilkräuter, die Praxis des Gärtnerns, Wildkräuter, Wildbienen und Schmetterlinge werden gut besucht. Auch acht Schulklassen und eine komplette Montessori-Schule mit 70 Kindern reisten an, um Umweltbildung und Naturkunde mit allen Sinnen zu erfahren. Die Kinder konnten aus selbst geerntetem Gemüse und Kräutern eigenständig ihr Essen zubereiten – Pfannengemüse auf dem Feuer gebraten und unter freiem Himmel genossen war ein ganz besonderes Erlebnis! Wie jedes Jahr konnte man im Schaugarten auch eine Zeitreise durch die Geschichte der Kulturpflanzen vornehmen



Erntedank im Schaugarten

und vielfältige alte Nutzpflanzen wiederentdecken, wie z. B. den Guten Heinrich, die leuchtende Nachtkerze, Haferwurz, Färberwaid und alte Getreidearten. Der Schaugarten beherbergt auch die Eichsfelder Sortensammlung, mit z. B. Einlochbohne, Eisbohne, Eichsfelder Knoblauch und Familienzwiebel.

Die beliebte Jungpflanzenaustauschbörse fand 2015 bereits zum zehnten Mal statt mit zahlreichen begeisterten und alljährlich wiederkehrenden Gästen. Aus dem Freilandsortiment von Dreschflegel GbR (Vertrieb für biologisches Saatgut) gab es viele verschiedene Tomaten-, Kürbis- und Paprikajungpflanzen. Die entsprechenden Früchte konnten im September beim Tomaten-Paprika-Kürbis-Tag verkostet und bei Gefallen als Saatgut für das

kommende Jahr mitgenommen werden. Zum Erntedank thronen die Paprikapflanzen als „Pflanze des Jahres“ (noch) auf dem eigens für sie angelegten Hochbeet, wo sie prächtig gedeihen sind und vielen BesucherInnen auffallen. Ein weiterer Blickfang ist das Beet mit rostrottem Amarant, Quinoa und verschiedenen Hirsearten, die jetzt im Herbst bis zu drei Meter hoch über den Garten ragen. Für das gelungene Gartenjahr, die reiche Ernte, die strahlenden Augen, die Freude und Begeisterung ein großer Dank an alle, die (auch ehrenamtlich) dazu beigetragen haben!

Ruth Rohde, Schaugarten-Team,
Schönhagen

Betriebsspiegel:

Schaugarten Schönhagen
angegliedert an die Kuhmuhne e. V.
Gartenfläche: ca. 700 m²
Pflanzenarten: ca. 300
Nutzarten: 275–280
Erhaltungsarten: 25–30
2 (Halbtags-)Gärtnerinnen

EU-Ökoverordnung durchs EU-Parlament

Nun hat das EU-Parlament über die neue EU-Ökoverordnung abgestimmt. Es wurden hunderte von Änderungsanträgen eingebracht, nicht wenige auch vom Berichterstatter des Europäischen Parlaments, dem grünen Abgeordneten und Biobauern Martin Häusling. Vielfach konnte er sich durchsetzen und auch die deutschen Bio-Verbände begrüßen das Abstimmungsergebnis im wesentlichen. Das nun in die finalen Trilog-Verhandlungen gehende Produkt ist wieder näher an der ursprünglichen EU-Ökoverordnung. Zumindest erst einmal raus ist die Einführung von Pestizidgrenzwerten, die die Kommission für Ökoprodukte wollte, allerdings gibt es nun einen Kompromiss, der unter Umständen eine Einführung ab 2020 zulassen könnte. Gescheitert ist Martin Häusling vorerst mit seiner Idee einer europäischen Ökoagentur, die er für mehr Transparenz und eine besser verzahnte Kontrolle in dem aufgrund seines immensen Wachstums immer undurchsichtiger werdenden Biomarktes einführen wollte. *cs*

„Eingebunden und gekauft“?

Unter der Überschrift „Falsch platziert“ hat Agrarjournalist Horst Hermannsen jüngst in der Agrarzeitung die Rolle von „agraren Aufsichtsräten“ kommentiert: Die Bauernverbandspräsidenten machen nach Beobachtung von Hermannsen „in Wirtschaftsunternehmen der vor- und nachgelagerten Stufen stets eine schlechte Figur. Oder deutlicher, sie gehören dort nicht hin.“ Ein Verbandsvorsitzender wie Joachim Rukwied solle sich für das Wohl seiner Mitglieder, in diesem Fall der Bauern, einsetzen. Das sei häufig nicht identisch mit dem Wohl des Händlers. Zweifellos sei Ämterhäufung ein Wesensmerkmal für Bauern- und Genossenschaftsfunktionäre. Damit lasse sich risikolos ohne größere Anstrengung ein interessantes Einkommensmodell aufbauen, das auch in fortgeschrittenen Jahren stütze. Launig schreibt Hermannsen: „Wenn also ein Altenteiler, wie der vormalige DBV-Präsident Gerd Sonnleitner im Aufsichtsrat von Fendt sitzt, um gratis Weltreisen zu machen, und mit Nichtstun seine Bezüge aufbessert, dann wundert sich niemand. (...) Bei dem aktiven Joachim Rukwied ist dies anders. Bei ihm wirken Ämter in der Wirtschaft so, als habe man ihn eingebunden, ihn gekauft ...“ *en*

Regional is(s)t besonders

Die Regionalbewegung Nordrhein-Westfalen lädt am 23. November zum Fachkongress rund um umwelt- und sozialverträgliche Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln nach Köln. In Kooperation mit dem Verein „Taste of Heimat“ und weiteren Partnern wird beim landesweiten Fachkongress „Regional is(s)t besonders“ im Forum VHS im Kulturquartier (Rautenstrauch-Joest-Museum) die große Bandbreite regionaler, zukunftsweisender Vermarktungsinitiativen in NRW vorgestellt werden. Obwohl immer mehr Menschen regionale Lebensmittel kaufen, schließen fortlaufend kleinere Metzgereien, Bäckereien, Bauernhöfe, Molkereien und Mühlen vor Ort. Wie können nun die Chancen der steigenden Nachfrage nach regionalen Produkten genutzt werden, um den zahlreichen Herausforderungen des Strukturwandels zu begegnen? Die Tagung will Wege hin zu nachhaltigen, regionalen Wirtschaftskreisläufen aufzeigen. *mn*
Mehr Informationen“ unter www.nrw.regionalbewegung.de.

Koalition uneins bei Hofabgabeklausel

Am 15. Oktober wurde der Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Vorschriften“ mit Änderungsansätzen zur Hofabgabeklausel innerhalb der Alterssicherung der Landwirte erstmals im Bundestag diskutiert. Zuvor hatte die Bundesregierung sich aus agrarstrukturellen Gründen wiederholt gegen Forderungen einer Abschaffung ausgesprochen. Der Abgeordnete Friedrich Ostendorff (Grüne) forderte die Abschaffung und kritisiert "Der Titel wird erhalten, aber der Inhalt restlos ausgehöhlt." Die AbL Bayern hat anlässlich der Bundestagsdebatte ein Schreiben verfasst, in dem ebenfalls eine Abschaffung, zumindest aber Nachbesserungen bei den derzeitigen Plänen eingefordert werden. Dieses wurde an die Mitglieder des Agrarausschusses von SPD und CDU/CSU sowie deren Bundestagsfraktionen versandt *cw*

Das interessiert die Bohne

Einflüsse auf Ertragsleistung beim Ackerbohnenanbau

Das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ begleitet seit 2011 landwirtschaftliche Betriebe in Nordrhein-Westfalen (NRW) und führt ein Leguminosen-Monitoring durch, um die Bestandsentwicklung und Ertragsleistung der Hülsenfrüchte beurteilen zu können. Die meisten untersuchten Betriebe (18) bauten Ackerbohnen auf lehmigen Böden mit 22 bis 60 Bodenpunkten an.

Trockenheit und Ertragsrückgang

Die vom Projekt erfassten Ackerbohnen zeigten dieses Jahr eine Ertragsspanne von 28 bis 58 dt/ha – im Mittel von 12 Flächen (10 Betrieben) 46 dt/ha. Im Vergleich mit dem durchschnittlichen Ackerbohnen-Kornertrag des Vorjahres besteht ein Ertragsunterschied von 7 dt/ha und dadurch ein Minderertrag von 14 %. Dies kann an der beschleunigten Abreife der Kulturpflanzen aufgrund der lang anhaltenden Trockenheit insbesondere zwischen Mai und Juni liegen. In dieser Periode befinden sich die Ackerbohnen in den Stadien der Blüten- und Hülsenbildung und sind besonders anfällig bei Wasserstress. Viele Bauern sind unzufrieden mit dem Ertrag und berichten, dass ihre Ackerbohnen „niedrig geblieben“ sind. Ähnliches wurde in Niedersachsen von dem Projekt „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ festgestellt. Mindererträge aufgrund der unzureichenden Wasserversorgung waren aber nur Ausnahmefälle. Durchschnittlich erzielten die Ackerbohnen Erträge von 55 dt/ha. Durch die geringeren Erträge besteht Nachfrage nach heimischen Ackerbohnen bei Betrieben mit eigenem Anbau und Futternutzung. Einige Schweinemastbetriebe suchen Ware insbesondere von Berufskollegen in der Region.

Im ökologischen Landbau zeigten sich

die Ertragseinbußen besonders deutlich. Die Ackerbohnen erzielten im Durchschnitt von 13 Flächen 24 dt/ha – im Jahresvergleich 40 % weniger. Die Kornerträge lagen zwischen 14 und 38 dt/ha.

Kein Frost und dann Schnecken

Neben den ungünstigen Witterungsbedingungen sorgte auch der milde Winter für Probleme, weil durch die fehlende Frostperiode Schneckeneier und erwachsene Insekten wie die Schwarze Bohnenlaus und der Bohnenkäfer überlebten. Blattläuse traten sehr früh auf und befielen Triebspitzen, Knospen und die jüngeren Blätter. Die natürlichen Gegenspieler der Blattläuse wie Marienkäfer traten jedoch nicht verstärkt auf und konnten den Befall nicht eindämmen. Jochen Meyer zu Müdehorst aus Babenhausen beschrieb: „Die untere Ackerbohnenetage hat sich im Frühling günstig entwickelt und bildete ausreichende Blüten bzw. Hülsen. Die obere Etage dagegen war so stark von Blattläusen befallen, dass die Kultur es nicht mehr schaffte, Blüten anzusetzen.“

Schädlinge natürlich

Die konventionell wirtschaftenden Betriebe spritzten gegen den Schädlingsbefall mit Karate Zeon. Für den ökologischen Landbau gibt es Mittel auf Seifenbasis. Laut BÖLN (Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft) können Hafer- oder Blühstreifen um die Ackerbohnenbestände zum Anlocken und Erkennen des Zufluges der Blattläuse und zum Abschätzen der Nützlingspopulationen beitragen. Bei starkem Befall sollten früh ein- oder mehrmalige Behandlungen erfolgen.

*Luiz Massucati, NRW-AbL-Projekt
www.vom-acker-in-den-futtertrog.de*



Bohnen von der Aussaat bis zur Ernte

Foto: Massucati

Landwirtschaft und Ernährung sind sowohl Mitverursacher für den Klimawandel als auch in hohem Maße selbst betroffen – mehr als genug Anlass sich für geringere Emissionen und Anpassungsmöglichkeiten einzusetzen. Weltweit tun sich die Staaten mit verbindlichen Reduktionszielen und konkreten Schritten schwer, der anstehenden Klimakonferenz in Paris wird mit Hoffnungen und Zweifeln entgegen gesehen. Um den nötigen Druck aus der Gesellschaft aufzubauen, damit auf politischer Ebene Handfestes erreicht wird, rufen zahlreiche Bündnisse und Organisationen auch aus dem landwirtschaftlichen Bereich zu begleitenden Demonstrationen auf. Auf den Höfen selbst sorgen die biologischen Prozesse für komplexe Zusammenhänge, in denen Möglichkeiten zur klimaschützenden Optimierung untersucht, weiterentwickelt und praktisch ausprobiert werden. Mitmachen, neugierig abgucken, vor Ort anpassen!



Landwirtschaft im Klimawandel – Täter und Opfer zugleich

Die Rolle der Landwirtschaft innerhalb der Klimadiskussion ist vielschichtig

Viele Milchbäuerinnen und Milchbauern in Mittel- und Süddeutschland machen sich dieses Jahr Sorgen um die Futtermittelversorgung ihrer Kühe, da das Gras einfach nicht gewachsen ist. Ob trockene Frühjahre oder nasse Sommer, Überschwemmungen oder Dürre – das Wetter verändert sich, auch bei uns, und die Extremwetterereignisse nehmen zu. Wir haben Klimawandel! Darauf muss sich die Landwirtschaft weltweit einstellen durch eine Vielzahl von Maßnahmen wie z. B. Sortenwahl oder Bewässerungsmanagement. Viele Bäuerinnen und Bauern in den Ländern des Südens sind noch weit mehr betroffen als wir.

Dabei trägt die Landwirtschaft selbst auch zum Klimawandel bei. Der Anteil der Treibhausgas (THG)-Emissionen, die sich laut Umweltbundesamt direkt der Landwirtschaft zuordnen lassen, betrug in Deutschland im Jahr 2010 7,1 %. Bei Einbeziehung der indirekt mit der Landwirtschaft im Zusammenhang stehenden Emissionen erhöht sich dieser Anteil auf rund 12,9 %. Weltweit betrachtet liegen diese Zahlen deutlich höher. Laut Weltklimarat trägt die Landwirtschaft zu 10–12 % der weltweiten THG-Emissionen bei. Dazu zählen vor allem Lachgas und Methan, wovon mehr als die

Hälfte im landwirtschaftlichen Sektor entstehen. Die Methanemissionen resultieren z. B. aus der Verdauung der Wiederkäuer, der Festmistlagerung und Nassreisenaubau. Hauptursachen für Lachgasemissionen sind mineralische Düngung, verdichtete Böden und Stau-nässe.

Quellen der Emissionen

Das globale industrielle Ernährungssystem verursacht laut einer Studie von GRAIN sogar insgesamt 44–57 % der Klimagase. Sie entstehen durch Waldabholzung für Ackerflächen, Herstellung von Kunstdüngern und Spritzmitteln, Transport, Lagerung, Kühlung und Müll. Dazu gibt es jetzt einen englischsprachigen Erklärfilm von La Via Campesina und GRAIN.

Beim Klimagipfel in Paris (COP21) werden die Regierenden der Welt im Dezember erneut über Ziele und Strategien zur Eindämmung des Klimawandels beraten. Häufig wurde in der Vergangenheit das Zwei-Grad-Limit genannt, da eine Erderwärmung von über zwei Grad verheerende Nebenwirkungen für die Menschheit und die Ökosysteme zur Folge hätte. Leider ist es nicht selbstverständlich, dass sich die Politik zur Klimagerechtigkeit bekennt. Vor allem spielt Landwirtschaft leider

bislang keine große Rolle bei den Verhandlungen. Alles hängt davon ab, ob die Zivilgesellschaften der Welt aufstehen und von den Regierenden den Schutz des Klimas einfordern.

Die Klima-Allianz, ein breites Bündnis von vielen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, zu dem seit diesem Jahr auch die AbL gehört, fordert in einem aktuellen Positionspapier zur Klimakonferenz als dritten von acht Punkten die nachhaltige Reduktion von Emissionen der Landwirtschaft. Auch die neuen Nachhaltigkeitsziele der UN für das Jahr 2030 weisen eine nachhaltigere Landwirtschaft als Lösungsweg aus.

Interessenskonflikte

In einem Appell an Politik und Gesellschaft anlässlich des Klimagipfels fordern die Bäuerinnen und Bauern der AbL und der Bioverbände verbindliche, massive und wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der THG-Emissionen, da in einem chaotischen Klima keine ausreichende Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln gewährleistet werden kann. In der vermeidbaren Gefährdung der Grundlagen landwirtschaftlicher Erzeugung sehen sie einen nicht legitimierten Eingriff in die Eigentumsrechte der Bauern weltweit.

La Via Campesina ruft ebenfalls zu

Demonstrationen beim COP21 auf und entlarvt „klimasmarte Landwirtschaft“ als falsche Lösungen der (Agrar-)Industrie. Aus Sicht der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern wäre vor allem die konsequente Umsetzung von Ernährungssouveränität basierend auf bäuerlicher Agrarökologie und lokalen Versorgungssystemen eine echte Lösung der Klimakrise.

Teil der Lösung

Dabei wird auch deutlich, dass die Klimadiskussion nicht die anderen kritischen Punkte ausblenden darf. Der Klimawandel ist für Forscher wie Professor Johan Rockström nicht die schlimmste Gefährdung des sicheren Operationsbereichs der Menschheit: Die Grenzen des Planeten sind längst überschritten beim Verlust der Artenvielfalt und beim Stickstoffkreislauf!

Die Landwirtschaft muss also zum Klimaretter werden. Den mit Abstand größten Beitrag könnte dabei die Bindung von CO₂ im Boden durch Humusaufbau und klimaschonende Bodenbewirtschaftung leisten. Aber auch das Einsparpotential durch die Reduktion der THG-Emissionen, die z. B. durch den intensiven Einsatz von mine-

Klimaschutz durch Erhalt des aufgebauten Humusvorrates

Einfluss, Möglichkeiten und Grenzen landwirtschaftlicher Maßnahmen

Die Landwirtschaft hat beim Thema Klimawandel und -schutz eine Doppelrolle: Sie leistet zum einen ihren Teil an den Treibhausgasemissionen, die den Klimawandel vorantreiben: Durch Bodenbearbeitung und Zehren vom kohlenstoffreichen Humusanteil wird Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt. Bei biologischen Abbauprozessen unter Luftausschluss, vor allem in der Rinderhaltung durch den Wiederkäuerstoffwechsel und durch die Klärschlammverwendung, entsteht Methan (CH₄ – etwa 25-mal so klimaschädlich wie CO₂). Der Einsatz von Stickstoffdüngern und das Wirtschaftsdüngermanagement sorgen für die Entstehung von Lachgas (N₂O – etwa 300-mal so klimaschädlich wie CO₂). Andererseits wird der Landwirtschaft auch das Potential zugesprochen, zum Klimaschutz beitragen zu können – durch die Reduzierung der eigenen Emissionen, aber zu einem gewissen Teil auch durch die Einlagerung von CO₂ in den Bodenvorrat und durch Maßnahmen zu dessen langfristigem Erhalt.

Humuspegel erhalten

„Als dauerhafte Senke funktioniert der Boden nicht“, erklärt Dr. Andreas Gattinger, Bereichsleiter Klima am Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) in der Schweiz und Biobauer im hessischen Eisenbach: „Bis zu 30 oder 40 Jahre kann Kohlenstoff über die Summe der Jahre eingelagert werden. Dann ist der Boden als Senke gesättigt. Das sehen wir auch beim Grün-

land, wenn da der Humuspegel des Standortes erreicht ist, stellt sich ein Gleichgewicht ein. Das heißt, in der Landwirtschaft können wir einen Kohlenstoffpool schaffen, anschließend besteht die Klimaleistung darin, ein Anzapfen der Vorräte zu verhindern.“ Ganz vermeiden lassen sich die Abbauprozesse und Emissionen nicht, aber reduzieren und im Verlauf der Jahre ausgleichen durch achtsames Management und durch ein abgestimmtes Maß an Tierhaltung. Denn die Erzeugung tierischer Produkte erfordert einen sehr hohen Ressourceneinsatz, kann aber angepasst an die Fläche für Futter- und Ackerbau nachhaltige Kreisläufe durch den vorhandenen organischen Dünger schaffen.

Im Kreislauf liegt die Kraft

Durch eine vergleichende Auswertung von 74 Studien aus der ganzen Welt, an der auch Gattinger beteiligt war, zeigte sich, dass biologisch bewirtschaftete Böden durchschnittlich um 3,5 Tonnen höhere Kohlenstoffvorräte pro Hektar haben als nicht biologisch bewirtschaftete und bis zu 450 kg mehr CO₂ pro Hektar und Jahr aus der Atmosphäre binden können. „Das funktioniert nicht grundsätzlich“, schränkt der Wissenschaftler ein, „das schaffen vor allem Betriebe mit dem Pioniergedanken vom biologischen Wirtschaften in Kreisläufen: mit Tierhaltung, einer vielfältigen Fruchtfolge mit Futterleguminosenanbau wie z. B. Klee gras, wenig Mais und gut kompostiertem Stall-

mist.“ Grundsätzlich kann dieser Kreislauf der organischen Substanz auch durch Kooperationen zwischen spezialisierten Ackerbauern und Tierhaltern sowie in der konventionellen Landwirtschaft erreicht werden.

Anreize für Klimaschützer gesucht

Weil Klimaschutz für den Einzelnen häufig sehr abstrakt ist und Aufwand bedeutet, der nur bei Win-win-Situationen in Kauf genommen wird, braucht es Anreize, um mehr Bäuerinnen und Bauern einzubeziehen. „Die EU-Agrarpolitik beinhaltet den Schutz von Dauergrünland“, nennt Gattinger ein politisches Beispiel, „im Greening liegt ein Anreiz Grünland zu erhalten statt es umzubereiten und so CO₂-Freiset-

zungen einzusparen.“ Vor allem international werden bisher Möglichkeiten diskutiert, für landwirtschaftliche Klimaleistungen CO₂-Zertifikate zu vergeben. Als Teil eines Emissionsrechtshandels könnten diese dann von anderen Marktakteuren mit hohen Emissionen zum Ausgleich gekauft werden. „Allerdings sind die Preise für die Zertifikate so niedrig, dass die Motivation nicht so hoch ist mitzumachen“, ordnet Andreas Gattinger die derzeitige Bedeutung ein: „Landwirtschaftliche Maßnahmen sind nicht so effizient und darstellbar wie technische, z. B. Wind- oder Solarenergie. Die biologischen Systeme sind schwerer in Erfolgswerten zu fassen.“

cw



Sorgfältige Kompostwirtschaft erhält Kreisläufe

Foto: SOLMACC

Fortsetzung von Seite 11

realischem Stickstoffdünger entstehen, ist sehr hoch. Aus Klimasicht wäre es aber auch immens wichtig, den Fleischverbrauch zu senken, erklärt u. a. der Sachverständigenrat für Umweltfragen. So wie z. B. Rindfleisch momentan in Deutschland produziert wird, hat es mit bis zu 28 Kilogramm CO₂-Äquivalenten pro Kilogramm Produkt den höchsten Ausstoß an Klimagasen im Lebensmittelvergleich (Kartoffeln: 0,2 kg; Kuhmilch: bis 2,4 kg).

Mit industrieller Massenproduktion, die das Klima durch die Produktion von Futtermitteln und den Einsatz von mineralischen Düngemitteln belastet, hat eine bäuerlich ökologische Rinderhaltung dagegen nichts gemein. Sie be-

deutet idealerweise nachhaltiges Weidemanagement (und damit die bewusste Pflege und den notwendigen Erhalt der Grünlandböden als Kohlenstoffspeicher), durch Zweinutzungsrasen die Milch- und Fleischerzeugung wieder zu verknüpfen sowie auf Kraftfuttereinsatz zu verzichten.

Ernährung ändern

Klimafreundliche Landwirtschaft und Ernährung heißt also auch, viel mehr auf pflanzliche Nahrungsmittel zu setzen, weil wir bei konsequentem Handeln gar nicht mehr genug Fläche zur Verfügung hätten, um so viel Fleisch wie im Moment zu konsumieren. Durch die derzeitige Auslagerung eines Großteils der Futtermittelproduktion werden auch die THG-Emissionen aus-

gelagert, was in Klimabilanzen der Industrieländer meist nicht auftaucht. Also alle wissen eigentlich Bescheid, und trotzdem werden in Paris wahrscheinlich wieder keine ausreichenden Entscheidungen getroffen. Warum eigentlich nicht? Auch wenn der Fokus oft auf den Automobilherstellern als Klimaverweigerern liegt: Auch die Ernährungs- und besonders die Fleischindustrie haben sicherlich kein Interesse an einer ernsthaften Klimadebatte. Weder Konzerne wie der weltgrößte Düngemittelhersteller Yara noch Fleischgiganten wie Tönnies wollen Umsatzeinbußen in Kauf nehmen und setzen deshalb ihr politisches Gewicht ein, um wirksame Maßnahmen zu verhindern. Wenn wir uns als AbL dafür einsetzen, dass die Agrar- und Ernährungspoli-

tiken stärker auf die Klimaschutzziele ausgerichtet werden, sind wir uns daher auch in diesem Kampf darüber im Klaren, dass dem vor allem die Profitinteressen der Konzerne entgegenstehen. Diese für das Treibhaus Europa verantwortlichen Konzerne immer wieder öffentlich zu benennen, ist – neben dem klimafreundlichen Wirtschaften und dem Einsatz für Ernährungssouveränität – eine wichtige Aufgabe der bäuerlichen Bewegung und ein wichtiger Schritt für ein besseres Klima!

Rebecca Simon und Henrik Maaß,
junge AbL

Weiterführende Links:

www.die-klima-allianz.de

<http://tv.viacampesina.org/Together-we-can-cool-the-planet?lang=en>

Die wahre Lösung für die globale Klimakrise

Ernährungssouveränität und bäuerliche Landwirtschaft

Während Kleinbauern und -bäuerinnen auf der ganzen Welt weiterhin die meiste Nahrung für die Menschheit erzeugen, sind sie auch die größten Opfer der Klimakatastrophe. Inzwischen ist das auf transnationalen Konzernen basierende globale Nahrungsmittelsystem eine der Hauptursachen für die von Menschen verursachte Klimakrise. Produktion, Veredlung und Transportwege sind von fossilen Brennstoffen abhängig. Laut einer GRAIN-Studie von 2014 ist das Nahrungsmittel-

system global gesehen für 44 bis 57 % aller globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Seit 1992 in Rio und 1997 in Kyoto treffen sich die Weltregierungen regelmäßig zu ihrer Konferenz der Vertragsparteien (COP) der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), so nun auch wieder in Paris. Bislang haben sie versäumt, die grundlegendsten Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung zu schützen und zu fördern. Stattdessen stellen die Delegationen Privatinteressen über das Gemeinwohl, indem sie ursprünglich bindende Abkommen in einfache Versprechen umwandeln und die Interessen der multinationalen Konzerne in die Verträge einfügen. Kohlenstoffmärkte, so genannte „Clean Development Mechanism“ (CDM), REDD und REDD +, Bioenergie und Agrartreibstoffe sowie die vom Agribusiness vorgeschlagene „Climate Smart Agriculture“ sind nur einige der Vorschläge, über die nun verhandelt wird. Ignoriert werden die Forderungen des UN-Umweltprogramms, des Internationalen Fonds für wirtschaftliche Entwicklung, der FAO und der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.

Tiefgreifender Wandel

Deshalb erklärt La Via Campesina (LVC) erneut, dass Ernährungssouveränität – basierend auf bäuerlicher Agrarökologie, auf traditionellem Wissen, auf Selektion, Lagerung und gemeinsamer



Weltweiter Einsatz für das Klima - auf der Straße und vor Ort

oto: peoplesclimate.org

Nutzung lokalen Saatguts, auf der Kontrolle über unsere Böden und auf dem Erhalt der biologischen Vielfalt – eine echte, tragfähige und gerechte Lösung für die globale Klimakrise ist. Zur Umsetzung der Ernährungssouveränität ist allerdings ein tief greifender Wandel notwendig, wie entsprechende Agrarreformen und ein Ende der zerstörerischen Freihandelsabkommen (wie TTIP und CETA). Kurz gesagt, wir brauchen soziale, wirtschaftliche, politische und Klimagerechtigkeit! LVC fordert die Regierungen dazu auf, die Bedürfnisse der Menschen über Konzerninteressen zu stellen und nach echten Klimalösungen zu suchen. Bäuerliche Landwirtschaft

und Ernährungssouveränität sind solche echten Lösungen. Um sicherzustellen, dass unsere Stimme gehört wird, mobilisiert LVC auf den Straßen von Paris. Die Europäische Koordination Via Campesina (ECVC) wird mit einer Delegation vom 8. bis 12. Dezember in Paris anwesend sein. Der 9. Dezember wird von LVC zum Aktionstag der bäuerlichen Landwirtschaft und Ernährungssouveränität erklärt. Es wird bunt und spannend. Lust bekommen mitzumachen?

*Paula Gioia
junge AbL/ECVC*

Bei Interesse meldet euch bei mir: paulagioia@gmail.com.

Einige Termine

LVC zur UN-Klimakonferenz in Paris
28.– 29.11.: Dezentrale Massenmobilisierungen weltweit, Möglichkeit in Deutschland etwas zu organisieren

5.– 6.12.: Dorf der Alternativen, Montreil (Paris): Workshops, Diskussionen, Filme, Bauern- und Bäuerinnenmarkt.

8.12.: Podium von LVC: Die Erde abkühlen mit bäuerlicher Landwirtschaft und Ernährungssouveränität

9.12.: Aktionstag zu bäuerlicher Landwirtschaft und Ernährungssouveränität in den Straßen von Paris, genaue Infos werden kurzfristig bekannt gegeben

10.12.: Podium von LVC: Stimme der Migranten und Migrantinnen im Kampf gegen den Klimawandel

12.12.: „Das letzte Wort“ – Aktionen zivilen Ungehorsams in den Straßen von Paris





Kleegrasverwertung vor Ort: Schweine in der Fruchtfolge

Foto: BLE/Menzler

Der erste Entwurf

Bei den Verhandlungen auf der Weltklimakonferenz im Dezember in Paris wird es vor allem um die Klimaschutzziele ab dem Jahr 2020 gehen. Schon im Vorfeld der Konferenz wird deutlich, dass die Verhandlungen schwierig sind. Als Grundlage der gegenwärtigen Diskussionen dient ein von den Co-Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Dan Reifsnnyder aus den USA und Ahmed Djoghlaoui aus Algerien, ausgearbeiteter Verhandlungstext, zu dessen Erstellung die Delegierten ihnen im September ihr Mandat gegeben hatten.

Langfristziel: Der Entwurf nennt als Obergrenze für den Temperaturanstieg 2°C oder 1,5°C. Dass eine Grenze von 1,5°C aufgenommen wurde, greift die Forderung von über 100 besonders armen und verletzlichen Ländern auf. Konkrete Umsetzungsschritte werden nicht vorgeschlagen. Der Bericht fordert von den Ländern, langfristige Strategien für eine emissionsarme Entwicklung ab 2020 zu formulieren.

Pariser Ambitionsmechanismus: Vorgesehen ist eine fünfjährige Anpassung der Klimaziele, die über die jeweils gültigen Verpflichtungen hinausgehen sollen. Auch sieht der Entwurf eine globale Bestandsaufnahme und Überprüfung der Ziele für das Jahr 2023/24 vor. Eine Überprüfung zum Jahr 2020 ist nicht geplant. Auch bleibt offen, nach welchen Kriterien die Prüfung 2023/24 erfolgen soll. Hier wäre es sinnvoll zu untersuchen, ob die Summe der individuellen Klimaschutzziele ausreicht.

Anpassung und klimabedingte Verluste und Schäden: Auch wenn die aktuellen Ziele erreicht werden, so wird der Klimawandel in vielen Regionen Anpassungsmaßnahmen erfordern. Dies wird erstmals so erwähnt. Der Vorschlag beinhaltet jedoch keine gemeinsame Verpflichtung bezüglich der Unterstützung besonders betroffener Staaten.

Klimafinanzierung: Die Unterstützung armer Länder bei der Umsetzung der Klimaschutzziele von jährlich 100 Milliarden soll weiter anwachsen. Konkrete Vorschläge hierzu fehlen aber.

Klimaschutz vor 2020: In den kommenden fünf Jahren gelten weiterhin die Ziele des wenig ambitionierten Kyoto-Protokolls. Um diesen Zeitraum effektiver zu nutzen, wird von den Co-Vorsitzenden vorgeschlagen, jedes Jahr neue Initiativen und Koalitionen für mehr Klimaschutz durch hochrangige Botschafter zu mobilisieren. In den kommenden Wochen wird der Text von verschiedensten Gruppen diskutiert werden. Bisher bietet er an vielen Stellen die Option zwischen verbindlichen („shall“) und unverbindlichen („should“) Optionen zu wählen. Daneben wird es von den Veränderungen, Erweiterungen oder Reduzierungen abhängen, ob der Klimagipfel in Paris ein starkes Signal für nachhaltige Schritte werden kann.

mn

Rohstoffkreisläufe in der Landwirtschaft

Wie schaffen wir den Weg raus aus der Müllproduktion?

Mit unseren Müllbergen vergiften wir uns und unsere Umwelt, verschwenden Energie und Ressourcen, reduzieren die Vielfalt und verhindern soziale Fairness. Das sind keine neuen Erkenntnisse, sie tragen im Idealfall dazu bei, die bisherigen Bemühungen in Bezug auf Ressourcen- und Energieeffizienz sowie auf Einspar- und Verzichtmaßnahmen weiter zu optimieren. Beide Methoden reichen allerdings nicht aus, unsere Produktionsweise und deren Ergebnisse „nachhaltig“ zu ändern. Wir müssen mehr machen, als nur den Konsum an Plastiktüten zu reduzieren. Der Beitrag der Landwirtschaft zur „Müllproduktion“ wird häufig noch unterbewertet. Nachdem allerdings die konventionelle Landwirtschaft (notgedrungen) die Kreislaufwirtschaft aufgegeben hat, zur industriellen Produktionsweise konvertierte und auf Leistungssteigerung und ökonomisch sinnvolles Handeln setzen muss, ist sie zunehmend zur Ressourcenverschwenderin geworden. Dabei geht es nicht nur um die Hochleis-

tungskuh, die Bruderhähne oder um die Schwermetalle im Boden durch Phosphatdüngung.

Zurück zu Kreisläufen

Ein möglicher Weg aus dem Dilemma ist das Konzept Cradle to Cradle (von der Wiege zur Wiege, kurz: C2C) mit der Vision einer Welt ohne Müll. Das Konzept der „intelligenten Verschwendung“ wurde in den 90er Jahren entwickelt (Michel Braungart, William McDonough) und wird bereits in eine Reihe von Produkten umgesetzt. Es beruht auf folgenden Prinzipien: 1. Abfall ist Nahrung, 2. Gebrauch regenerativer Energie, 3. Vielfalt feiern und fördern sowie 4. sozial fair und gut für Mensch, Tier und Umwelt zu sein. Alles Material wird in kontinuierlichen, geschlossenen Kreisläufen bewegt; alles, was sich verbraucht, zirkuliert im biologischen Kreislauf; alle Gebrauchsgüter zirkulieren im technischen Kreislauf. Im Gegensatz zu dieser Kreislaufwirtschaft macht man sich bei Ansätzen wie z. B. dem

Recycling erst im Nachhinein Gedanken darüber, was man nach dem Gebrauch mit dem Produkt machen soll. C2C setzt bereits bei der Planung eines Produktes an, indem die Wiederverwendung gleich eingeplant wird. Damit kommt man z. B. zu Bodenbelägen, die im technischen Kreislauf den Boden schmücken sowie die Raumluft reinigen und die nach Gebrauch vom Hersteller zurückgenommen und zu neuen Produkten verarbeitet werden. Der Abrieb ist für den biologischen Kreislauf optimiert, sodass z. B. keine toxischen Stoffe in die Umwelt gelangen.

Milch ohne Müll

Die Alternative C2C hat, angewendet auf die Landwirtschaft, weit reichende Konsequenzen. Der geschlossene biologische Kreislauf ist doch eigentlich die Domäne der Landwirtschaft gewesen, und die Wiederentdeckung dieses Prinzips bedeutet nicht den Rückfall in die Vergangenheit, sondern die Chance zu einer natürlichen Produktionsweise.

Ein konkretes Beispiel des Zusammenwirkens von biologischem und technischem Kreislauf zeigen die „De Öko Melkburen“ (drei Bioland-Höfe zusammen mit einer genossenschaftlichen Meierei) mit einem regionalen, Ressourcen schonenden Vermarktungskonzept der „Vier-Jahreszeiten-Milch“. Geplant ist eine Verpackung („Milk Tumbler“) aus dem Biokunststoff PLA (aus dem „Abfall“ Molke). Das Material und die Nutzung sind für den Kreislauf konzipiert: Die PLA-Flasche wird nicht vom Kunden erworben, sondern im Pfandsystem nach Gebrauch zurückgenommen, geschreddert und nach Einschmelzen wieder zu neuen Flaschen gegossen. Die Kuh liefert also sowohl das Produkt als auch den Rohstoff für die Verpackung. Die Umsetzung solcher Kreisläufe führt dazu, dass sowohl die Verpackung als auch die Kuh nicht zu Müll werden.

Klaas Oostlander,
Cradle to Cradle Wiege zur Wiege e.V.
www.c2c-ev.de

Kein Zwang zur Sortennennung durch die Hintertür

Wettbewerbsrecht lässt Saatgutaufzeichnungsverordnung in Nachbaufrage nicht zu

Nun haben sich die Richter am Oberlandesgericht in Karlsruhe erneut inhaltlich mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) die im Saatgutverkehrsgesetz festgeschriebene Saatgutaufzeichnungsverordnung dazu verwenden darf, um die im Sortenschutzgesetz festgeschriebenen Nachbaugebühren einzutreiben. Was nach Wirrwarr klingt, ist eigentlich ganz einfach: Im Sortenschutzgesetz wurde in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Verpflichtung der Bauern und Bäuerinnen eingefügt, auch für wieder ausgesätes eigenes Erntegut, den Nachbau, Gebühren an die Sortenschutzinhaber zu zahlen. Wie die Sortenschutzinhaber an die zum Eintreiben der Gebühren nötigen Informationen kommen, wurde über viele Jahre in Gerichtsprozessen definiert, weil die Auskunftspflicht der Bauern und Bäuerinnen im Gesetz nicht genauer ausgeführt wurde. In dem Zusammenhang hatte der Europäische Gerichtshof geurteilt, dass Aufbereiter von Getreide zum Nachbau zwar verpflichtet sind, den

Sortennamen an die STV als Vollstrecker der Sortenschutzinhaber weiterzugeben, wenn sie ihn wissen, sie ihn aber bei ihren bäuerlichen Auftraggebern nicht nachfragen oder sogar zwingend aufzeichnen müssen.

Marktgeschehen oder nicht?

Um die Aufbereiter quasi durch die Hintertür dennoch zu verpflichten, bei Auftragsannahme die Sorte aufzuzeichnen, führte nun die STV in einem Verfahren gegen eine aufbereitende Genossenschaft die Saatgutaufzeichnungsverordnung aus dem Saatgutverkehrsgesetz ins Feld. Sie besagt, dass aus Gründen des Verbraucherschutzes verschiedene Angaben, unter anderem der Sortenname, gemacht werden müssen, wenn Saatgut am Markt gehandelt wird. Das ist nachvollziehbar, geht es doch hierbei auch um die Durchsetzung von Regressansprüchen im Schadensfall. Dem Argument der die Genossenschaft vertretenden Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, dass aber Erntegut, das zum Nach-

bau verwendet werden soll, nie einen Markt erreiche, sondern im Betrieb verbleibe und lediglich durch den Aufbereiter bearbeitet werde, folgte weder das erstinstanzliche Landgericht noch das Oberlandesgericht in Karlsruhe. Dennoch wiesen die Richter des OLG - anders als die des Landgerichts - die Klage ab. Ihrer Ansicht nach, darf das Saatgutverkehrsgesetz und mit ihm die Saatgutaufzeichnungsverordnung nicht dazu verwendet werden im Interesse einzelner Marktteilnehmer Marktverhalten zu regeln. Das würde aber unweigerlich geschehen, wenn man eine Anwendung wie von der STV gewünscht zuließe. Die Saatgutaufzeichnungsverordnung sei nur ein Hilfsmittel, um behördliche Kontrollfunktionen zu ermöglichen, so die Karlsruher Richter. Das ganze Saatgutverkehrsgesetz sei lediglich ein Verbraucherschutzgesetz für die Allgemeinheit. Es gehe nicht um den Schutz individueller Interessen einzelner Personen oder Betriebe. Damit hat das OLG einen wegweisenden Spruch im Sinne der Bauern und Bäuerinnen gefällt. *cs*



Skandal

Bei gleich sechs Gentechnikmaissorten hat Syngenta weitere gentechnische Eigenschaften bei der Zulassung für den Import nach Europa verschwiegen. Die Importzulassungen waren zwischen 2008 und 2011 erteilt worden. Im Juli 2015 reichte der Schweizer Konzern unter anderem für die Maislinien MIR 604 und GA 21 bei der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) nachgeforderte Unterlagen ein. Dabei fielen Unterschiede zu den ursprünglich mitgeteilten gentechnisch veränderten Sequenzen auf. Laut Syngenta bestehen „keine Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier“. Auch die Umweltrisikobeurteilung ändere sich nicht. Brüssel bestätigte die „Unterschiede bei den genetischen Sequenzen“. Allerdings seien die „Fehler nicht signifikant genug“, um die Zulassung zu annullieren. Dies forderte hingegen Maria Heubuch, Abgeordnete der Grünen im Europaparlament. *av*

Europa steigt aus

Siebzehn EU-Staaten wollen keinen Gentechnikanbau

Aktuell wollen 17 von 28 EU-Mitgliedstaaten und vier Regionen aus zwei weiteren Staaten den Anbau von Gentechnik auf ihrem Territorium verhindern und haben dies bei der EU-Kommission beantragt. Die betroffenen Gentechnik-Konzerne werden aufgefordert, die jeweiligen Staaten von der Zulassung auszunehmen. Genutzt haben die Mitgliedstaaten die Übergangsphase der neuen EU-Opt-out-Richtlinie, die am 3. Oktober endete. Damit haben sich 21 Mitgliedstaaten und Regionen politisch entschieden, dass sie faktisch keine Gentechnik in ihrem Hoheitsgebiet anbauen wollen. Das ist ein großer Erfolg der gentechnikkritischen Bewegung in den Mitgliedstaaten.

Untergrabene Demokratie

Die Anträge werden von der EU-Kommission an die betroffenen Gentechnikkonzerne Monsanto, DuPont und Syngenta weitergeleitet. Diese können innerhalb von 30 Tagen entscheiden, ob sie diese Mitgliedstaaten von der erwünschten europaweiten Anbaugenehmigung ihrer GV-Pflanzen ausnehmen. „Dieses Vorgehen ist kritisch zu sehen, da die Konzerne nicht verpflichtet sind, den erwünschten Anbauverbote der Mitgliedstaaten nachzukommen. Darüber hinaus erteilt man den Konzernen ein formalisiertes Mitspracherecht beim Zulassungsprozess. Das untergräbt die

Souveränität der Staaten und ist ein Vorschmack auf immer weiter reichende Konzernrechte, wie sie auch bei den geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA geplant sind“, kommentiert Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Auf der Internetseite der EU ist zu lesen, dass die Konzerne bislang Griechenland und Lettland von den geplanten GV-Maiszulassungen ausgenommen haben. Die anderen Anträge sind erst später eingereicht worden. Sollten die Konzerne dem Verbotsansinnen der Mitgliedstaaten nicht nachkommen, können diese in der so genannten Phase 2, nach erteilter Anbauzulassung, ein Verbot erlassen. Dies muss begründet sein. Zudem bedarf es einer Umsetzung der EU-Opt-out-Richtlinie in ein nationales Gesetz. Bisher haben dies nur Österreich und Frankreich getan. In Deutschland gibt es weiterhin Streit, wer die Verbotskompetenz erhalten soll – der Bund oder die Länder.

Derweil hat der Schweizer Gentechnikkonzern Syngenta zwei seiner vier beantragten GV-Maissorten zurückgezogen. Dies betrifft den Bt-Mais MIR 604 (Resistenz gegen Maiswurzelbohrer) sowie eine Kreuzung aus drei GV-Maissorten (Bt 11 x MIR 604 x GA 21), die sowohl insektengiftig als auch resistent gegen die Wirkstoffe Glyphosat und

Glufosinat ist. „Die Entscheidung zum Rückzug wurde als Teil der Neubewertung des kommerziellen Potenzials dieser Produkte in Europa gemacht“, begründete ein Sprecher des Schweizer Unternehmens den Schritt. Beantragt wird die Zulassung für die GV-Maissorten G21 und Bt11.

Annamarie Volling, Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

Deutschland „besonders gründlich“

Deutschland hat – wie 16 weitere EU-Mitgliedstaaten – bei 8 GV-Maissorten, beantragt, dass gesamte Hoheitsgebiet von der geplanten europäischen Anbauzulassung auszunehmen. Zusätzlich führt es alle 16 Bundesländer auf. Anders als andere Mitgliedstaaten führt Deutschland inhaltliche Begründungen an. So ist laut BMEL „der Anbau des GV-Maises unvereinbar mit der in Deutschland üblichen Ackernutzung. Er würde negative Folgen für den Anbau von konventionellem und ökologischem Mais haben. Mit dem Anbau des GV-Maises steigt das Risiko, dass heimische landwirtschaftliche Erzeugnisse (...) mit GV-Maisbestandteilen verunreinigt werden. Diese Risikoerhöhung soll nicht eintreten. Zusätzliche Kontrollen heimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf GV-Maisbestandteile (...) sollen vermieden werden.“ Damit benennt das BMEL bundeseitige Verbotsgründe, die es bislang als nicht rechtssicher bewertet hatte. Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat, der den Anbau der betroffenen GV-Maissorten zu Forschungszwecken ausdrücklich erlauben will. *av*

Bioschweine verzweifelt gesucht

Der Biomarkt will zunehmend auch Fleisch, die Bauern sind zögerlich

Eigentlich müssten die konventionellen Schweinebauern wie die Milchbauern protestieren – oder Schlange stehen bei den Bioberatern. Die konventionellen Preise sind im Keller, während ein erheblicher Nachfrageschub nach Bioschweinen im Sommer die Öko-Notierungen in zum Teil schon fast schwindelerregende Höhen getrieben hatte. Konkret war es wohl Aldi Süd; der Discounter wollte auch im Fleischbereich ein Bioangebot machen und suchte plötzlich angeblich 1.000 Bioschweine in der Woche. Die großen Schlachtbetriebe – Tönnies, Westfleisch – boten 3,80 bis 4,00 Euro für das Kilo Schlachtgewicht. Plötzlich gerieten sogar alteingesessene Vermarkter unter Druck, ihren Bioschweinebauern mehr zu zahlen, um nicht die gewachsenen Lieferbeziehungen zu gefährden. So viele Bioschweine sind in Deutschland nicht eben verfügbar; gesucht wurde schließlich auch in Däne-

mark und den Niederlanden. Und wenn Aldi Bio will, so eine alte Branchenweisheit, wollen es kurz danach auch Lidl und danndere restliche Lebensmitteleinzelhandel (LEH). Zumal die auf mehr als nur den billigen Preis setzenden Konzerne wie Edeka und Rewe längst den Biomarkt für sich entdeckt haben. Biofleisch, gerade Schweinefleisch, ist allerdings nicht gerade ein einfaches Produkt für den LEH. Meist in der Selbstbedienungstheke und doch trotzdem noch um ein Vielfaches teurer als das konventionelle Pendant, trifft es auf eine typische Bio-Kundschaft, die eher weniger als mehr Fleisch isst. Hackfleisch geht auch aufgrund des Preises noch ganz gut, auch wenn zum Teil normalerweise teuer verkaufbare edlere Teile im Wolf landen. Die Filets dagegen warten eingefroren auf's Weihnachtsgeschäft. Andererseits gibt es noch viel Potential, für gut geführte Bedientheken ebenso wie im Bereich

von Großküchen und Imbissen. Schon vor McDonalds gab es Bio-Burger-Bratereien. Die Tatsache, dass sich auch der Größte im Geschäft dem zuwendet, zeigt, dass kein Weg mehr an Biofleisch vorbei geht. Die Debatte um's Tierwohl entfaltete spätestens mit der Veröffentlichung des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirates „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ auch in die Landwirtschaft hinein mindestens verbal Wirkung.

Nur wenige

Während nun in der Milchpreiskrise in der Tat vermehrt Bauern und Bäuerinnen bei Ökoverbänden anfragen, ist die Zahl umstellungswilliger Schweinebauern nach wie vor eher übersichtlich. „Es melden sich überhaupt mal wieder welche“, sagt Jan Hempler, bei der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen für den Ökolandbau zuständig, „dann sind es aber auch eher nicht die Kleinen.“ Die Bauern trauten dem Hype nicht so richtig, sagt Sauenhalter Günther Völker, außerdem gebe es keine Investitionsbereitschaft. Wie auch, bei nun schon länger schlechten Preisen von 1,40 Euro pro Kilo Schlachtgewicht? Umbauten sind oft schwierig und teuer, Neubauten weniger schwierig, aber noch teurer. Völker nimmt schon wahr, dass nach anderen Perspektiven gesucht wird, oft, so sein Eindruck, schrecke aber die Konsequenz ab, die es für einen Bio-Neubau brauche. „Dann will er doch wieder Spalten unter die planbefestigte Liegefläche machen, falls das mit dem Bio alles nichts wird und dann funktioniert aber womöglich der neue Stall nicht, weil das Klima nicht passt“, beschreibt er die möglichen bäuerlichen Gedankengänge. „Größere Betriebe haben da manchmal den klareren Blick“, sagt Martin Kötter-Jürß, Bioland-Schweineberater in Münster, „vielleicht ist es ihnen auch ein Stück weit egal, was die Nachbarn sagen und sie spüren schon stärker den gesellschaftlichen Druck nach Veränderungen.“ Er hat gerade mit einem Betrieb Kontakt, deren zwei Leiter aktuell 2.000 Sauen konventionell halten, nun für 400 Biosauen einen Putenmastkomplex umbauen wollen und die verwandtschaftliche (und finanzielle) Bande in die agrarindustrielle Schweinehaltung haben. Damit müssten sich letztendlich die Bioland-Mitglieder auseinandersetzen und entscheiden, ob sie das im Ver-

band wollten oder nicht, so Kötter-Jürß. Natürlich gebe es immer eine Kostendegression bei Größe, die andere unter Druck setze. Eigentlich sei es aus Sicht des Verbandes nur konsequent, wenn er den Schritt gehe, sagt Jan Hempler, angesichts der Nachfrage gerade der Großen des Handels. Es gebe schließlich auch einen Verdrängungswettbewerb in Richtung Größe im Verarbeitungsbereich. Gleichzeitig sehe man ja, wie die Entwicklung im Legehennenbereich gelaufen sei, mit der Größe und den agrarindustriellen Akteuren kamen die Skandale.

Mit Sicherheiten

Hugo Gödde, Vermarkter von Biofleisch in Nordrhein-Westfalen, sucht Bioschweine, auch in kleinen Mengen. Aber auch bei ihm stehen die bäuerlichen Betriebe nicht Schlange, um umzustellen. Eher stocken die vorhandenen auf, die noch vor zwei Jahren im Preistal eher weniger Tiere in den Stall gestellt hatten. Jetzt geht er davon aus, dass die Nachfrage so bleiben werde, alle großen Händler seien mittlerweile im Fleischmarkt unterwegs. „Das Gefühl, der Markt will das, ist jetzt auch beim Fleisch angekommen“, sagt er. Schließlich entwickle sich ja auch ein Markt, weil man meine, etwas machen zu müssen. Gleichzeitig ist der Biofleischmarkt nach wie vor so klein, dass sich richtig was bewege, wenn ein Großer dazukomme. Deshalb hält er es für umso wichtiger, dass sich die Bauern selber organisieren und mitreden. Sich nicht abhängig zu machen von unübersichtlichen Konstrukten, sondern entlang der Wertschöpfungskette auf Augenhöhe miteinander zu reden, ist auch Teil des Erfolges, den seine Fleischvermarktung seit Jahren ausmacht. Biolandberater Kötter-Jürß bestätigt das, indem er sagt, wie wichtig ihm langfristige Sicherheiten durch Absprachen mit den Abnehmern seien. „Die Preisverantwortung muss dahin, wo sie hingehört, zum Handel.“ Er will Bauern und Bäuerinnen dazu ermutigen, dass sie jetzt vertraglich Pflöcke einschlagen, für den Fall, dass irgendwann auch mal wieder andere Zeiten kommen. cs



Den Hipstern in Berlin Mitte ist nicht mehr Wurst, wo die Wurst herkommt Foto: Schievelbein

„Dieser Schweinestall bringt viele Voraussetzungen mit“

Überlegungen zur Umgestaltung eines konventionellen Maststalls

Wie könnte das eigentlich aussehen – der Umbau eines bestehenden konventionellen Nutztierstalls hin zu einem höheren Maß an Tierwohl und einer gesellschaftlich besser akzeptierten Form? Diese Frage stellte sich die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und organisierte kurzerhand einen Ortstermin für ein interessantes Gedankenspiel: Eine Gruppe Bauern und Bäuerinnen versammelte sich gemeinsam mit dem Berater Martin Kötter-Jürß im Schweinemaststall von Martin Ramschulte im münsterländischen Schöppingen, begutachtete die Ausgangssituation und entwickelte praktische Möglichkeiten, wie das Vorhandene umgestaltet werden könnte – sehr weitgehend in Richtung Bio- oder Neulandstandard.

Vorausgegangen waren dem bundesweit zahlreiche Diskussionsabende, ausgelöst von dem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, das im Frühjahr veröffentlicht wurde und für große Aufregung in der Landwirtschaft sorgte. Das vom Bundeslandwirtschaftsministerium berufene Gremium hatte zu einem Umbau der gängigen Tierhaltungssysteme aufgerufen, damit die Branche zukunftsfähig aufgestellt sei. Wichtig dafür: gesellschaftliche Vorstellungen und Bedenken ernst nehmen, um nicht den Anschluss zu verlieren.

Gewachsene Zweifel

Martin Ramschulte sagt von sich selbst: „Ich habe ja auch alles so gemacht, damals den angenommenen Betrieb verändert, einen neuen Stall mit Vollspalten gebaut, mich auf Mastschweine spezialisiert. Weil ich dann Flächen von meinem elterlichen Betrieb gepachtet hatte, war ich einer der ersten, der für die Bewirtschaftung der Ackerflächen 20 km weit fuhr und einen Gülletransport brauchte. Aber mir kamen immer mehr Zweifel, ob das in die richtige Richtung geht – die Tiere nicht mehr draußen, sondern trotz geregelter Zwangsbelüftung ständig umgeben vom Ammoniakgeruch und in so reizbarer Umgebung, dass ihnen die Schwänze gekürzt werden müssen, damit sie sich die nicht abkauen.“ Ramschulte liest viele Fachzeitschriften, interessiert sich für Beispiele von Bauern und Bäuerinnen, die andere Wege gefunden haben. Seinen Stall mit 900



Stallabteil und derzeitige Buchtenaufteilung

Foto: Weißenberg

Mastplätzen hat er immer wieder auf einen neueren Stand gebracht; die Tränke- und Fütterungsanlagen sind zwei Jahre alt, die automatisierte Flüssigfütterung mit Stichleitungen erlaubt das gezielte Füttern und Dosieren von Medikamenten für einzelne Stallbuchten und Tiergruppen. In den Krankbuchten wühlen ein paar Schweine durch Stroh: „Die sind beschäftigt und machen sich bis auf eines ganz gut“, schmunzelt Ramschulte.

Sichtkontakt

Mit Blick auf die zehn 8 x 10 m großen Stallabteile mit jeweils vier Buchten à 22 Tieren ist Berater Kötter-Jürß zuversichtlich, dass daraus „mit vertretbarem Aufwand und relativ geringen Kosten“ etwas Neues entstehen könnte. Er war jahrelang als konventioneller Berater für Schweinehalter tätig und ist nun schon seit einiger Zeit Biolandberater: „Im Detail müsste man da natürlich noch genauer hinschauen und kalkulieren, aber die Anlage bringt viele Voraussetzungen mit. Die Hülle bliebe: Um den Stall herum ist Platz, auf der rechten Stallseite grenzt eine Wiese an, da ließe sich problemlos ein Außenauflauf schaffen. Die Abteile würde man als Bucht für eine Tiergruppe mit deutlich reduziertem Besatz beibehalten und die Inneneinrichtung nutzen, um zu strukturieren.“ Der Spaltenboden könnte bis auf einen Anteil von 20 oder 30 Prozent vor der Stallaußenmauer, in die Durchbrüche Zugang zum Auslauf ermöglichen würden, versiegelt werden. Der befestigte, im Stallinneren gelegene Bereich würde mit Stroh einge-

streut zur Liegefläche; im Spaltenbereich würden Tränken und Futter mit ausreichend Fressplätzen für alle Tiere angeboten; dann folgte der eingestreute Außenbereich, der mit einem kleinen Hofschlepper regelmäßig abgeschoben werden könnte.

Getrennte Funktionsbereiche

„Wenn die Bereiche gut aufgebaut sind, der Auslauf attraktiv gestaltet ist und der Platz innen den wachsenden Tieren entsprechend angepasst, aber begrenzt wird – dann werden die Schweine zuverlässig im Außenbereich abkoten und der Liegebereich bleibt sauber“, erklärt Kötter-Jürß das Konzept der getrennten Funktionsbereiche. Hilfreich ist dafür auch der Kontakt zu den Nachbar-tiergruppen im Auslauf, in dem Trenngitter verwendet würden, weil Schweine durch ihre Exkremente auch Reviergrenzen markieren. Das Stallklima würde sich durch die Verbindung nach außen selbst regeln; für extreme Wetterlagen könnte die Lüftung eventuell noch sinnvoll sein. Und damit auch bei hohen Temperaturen im Sommer der Auslauf genutzt wird, muss je nach Himmelsausrichtung für Teilüberdachung oder Beschattungsmöglichkeiten gesorgt werden.

Vermarktungschance

Die Vermarktungssituation für Bioschweinefleisch beschreibt der Berater als sehr günstig: „Es gibt eine hohe Nachfrage nach Bioschweinen. Die Lebensmitteleinzelhändler geben in Gesprächen zu verstehen, dass sie von einer stabilen Entwicklung des Verbrau-

cherverhaltens ausgehen und bereit sind, langfristige Lieferverträge einzugehen.“ Zu beachten ist dabei, dass eine Bioumstellung den gesamten Betrieb umfasst, also auch den Ackerbau. Dies ist bei dem Fleischvermarktungsprogramm Neuland anders: Konventionell wirtschaftende Betriebe halten im Bereich der Tierhaltung Standards ein, die vergleichbar mit den Biovorgaben sind; ihr Markt ist etwas kleiner. Martin Ramschulte freut sich über das festgestellte Potential für seinen Betrieb, andere Wege einschlagen zu können. Aber er weiß auch, dass sein Sohn als Hofnachfolger ab nächstem Jahr diese nicht einschlagen wird: „Er hat mit den Bekannten und den Betrieben drumherum ein Umfeld, in dem funktioniert, was zur Zeit das gängige System ist. Sie alle wachsen nicht übermäßig ohne Verstand. Stallbauten sind z. B. über Solaranlagen abgesichert, das Einkommen stimmt. Wenn es innerhalb dessen Möglichkeiten gibt, das Tierwohl zu verbessern und die Kosten wieder rein zu bekommen, dann sind diese Bauern bereit dazu. Einer nimmt auch an der Initiative Tierwohl von Bauernverband und Lebensmittelhandel teil.“ Deshalb ist Ramschulte überzeugt: „Wenn festgelegt würde, dass die Schweine ihre Schwänze behalten, dann würde sich alles andere von selbst lösen: die hohen Bestandsdichten und Gülleaufkommen, die Niedrigpreisspirale, der hohe Medikamenteneinsatz, der von den Betriebsflächen entkoppelte Bedarf an Futtermitteln. Für ganze Tiere gäbe es den ganzen Preis – und einen Abzug, wenn der Ringelschwanz fehlt.“ *cw*

„Es lässt sich nichts planen“

Der Agraringenieur Tesfazgi Solomun (28) über Landwirtschaft, Flucht und Neuanfang

Unabhängige Bauernstimme: Herr Solomun, Sie sind aus Eritrea geflüchtet und nach Deutschland gekommen. Wie ist die Situation in Ihrem Heimatland, warum haben Sie es verlassen?

Tesfazgi Solomun: Eritrea ist erst 1993 von Äthiopien unabhängig geworden, hat aber die Jahre danach weiter Krieg geführt um die Eigenständigkeit und die Grenzverläufe. Einer der Unabhängigkeitskämpfer ist Staatsoberhaupt geworden und seitdem geblieben – Isaias Afwerki. Es ist eine Diktatur, hochrangige Soldaten haben Geld und Einfluss. Die wirtschaftliche Situation ist schlecht. In den ersten Jahren nach Kriegsende, 2001 bis 2003, ging es der Wirtschaft ganz gut, es gab viel Arbeit. Die reichen Eritreer gründeten Unternehmen und investierten. Aber die Wirtschaftspolitik änderte sich: Die Regierung legte fest, dass sie jeweils zur Hälfte an den Unternehmen beteiligt werden oder der komplette Betrieb verkauft werden musste – zu festgelegten Preisen. Wenn es einen Wirtschaftsplan für das nächste Jahr gibt, kann der sich schon nach einem halben Jahr ändern. Es lässt sich nichts planen. Die einzige Lebensquelle ist die Landwirtschaft, 80 Prozent der Menschen sind von ihren traditionellen Kleinbetrieben abhängig.

Wie wird Landwirtschaft in Eritrea betrieben?

Traditionell werden die Flächen, die zu einem Dorf gehören, alle sechs Jahre neu an die dort wohnenden Menschen verteilt. Jede Familie hat dann hier ein Stück und dort eins. Angebaut wird da, wo ich herkomme, im Süden Eritreas,

u. a. Weizen, Hirsearten wie Sorghum und Teff, Mais und Bohnen – alles in Handarbeit und mit Arbeitstieren. Es werden Rinder, Schafe und Ziegen gehalten – mal zehn Tiere, aber in Dürrezeiten vielleicht nur noch drei. Im Westen leben nomadische Viehhalter, die haben 80 oder mehrere hundert Rinder. Diese Landwirtschaftsformen reichen so meist höchstens zur Selbstversorgung.

Es gibt auch intensivere Landwirtschaft in Stadtnähe, bei der für den Markt produziert wird, z. B. Mangos oder Gemüse, Milch und Fleisch. Jeder wünscht sich so eine wirtschaftliche Landwirtschaft, das Problem sind fehlendes Geld und Technik und das Wasser: Niederschläge gibt es nur in drei bis vier Monaten. Für eine Bewässerung braucht es eine Quelle, einen Brunnen, eine Pumpe, Motoren, Öl. Im Westen habe ich schönsten Ackerland gesehen, nahe am Fluss. Das gehört Soldaten, die haben Geld, aber keine Ahnung vom Ackerbau. Nach zwei Jahren ist das Land kaputt. Sie verwenden Dünger und Pestizide chaotisch. Ich habe Landwirtschaft studiert, ich habe gelernt, wann und wie viel man von was einsetzen sollte – nur habe ich keine Chance, dieses Wissen einzusetzen.

Aber Sie haben in Eritrea studiert?

Ja, mit den Bildungsmöglichkeiten kann die Regierung öffentlich und international etwas vorweisen. Aber danach müssen wir zum Militär; wann und ob wir das arbeiten können, was wir gelernt haben, wissen wir nicht. Um das Abitur nach zwölf Schuljahren machen zu können, müssen wir in der elften Klasse in

ein Militärcamp. Das sind dann 16- bis 18-jährige, die von zu Hause fortmüssen, Militärübungen machen und zwischendurch noch lernen sollen. Ich habe dann Agrarwissenschaften studiert, am Hamelmalo College in der zweitgrößten Stadt Keren. Aber ein Abschlusszeugnis habe ich nicht, erst muss jeder zum Militär. Wie lange, weiß keiner – sechs Jahre, sieben oder zehn. Die jungen Leute sind alle auf unbestimmte Zeit raus aus der Gesellschaft und stehen nicht zur Verfügung, um zu arbeiten und etwas aufzubauen.

Welche Möglichkeiten gäbe es denn?

Das ist die andere Seite: Unternehmen gibt es eben kaum noch, deshalb gibt es keine Arbeitsplätze und keine Perspektive. Die reichen Eritreer sind gegangen und leben in den Nachbarstaaten, weil die Bedingungen zu investieren nicht bestehen. Und um Verbesserungen in der Landwirtschaft einzuführen, wie wir sie an der Uni in Abschlussarbeiten z. B. zu Bewässerungstechnik geplant haben, und für alles, was produziert werden könnte, braucht es Rohstoffe, vor allem Öl. Die Regierung behauptet, es gibt nicht genug, dann ist Ende. Geld, das zur Verfügung steht oder zugesagt wurde, verschwindet einfach. Wohin? Als Arbeiter gibt es nur alte Leute. Ich habe eine Reportage über eine Bierbrauerei gesehen. Dort arbeiteten nur Leute über 60. Sie wurden gefragt: „Warum sind hier nur alte Menschen?“ und antworteten: „Den jungen Leuten ist der Lohn hier zu niedrig.“ Das ist das Einzige, was sie öffentlich sagen konnten. Alle sind vorsichtig. Menschen, die Kritik äußern, verschwinden.

Sie haben sich also entschlossen, Eritrea zu verlassen, bevor der Militärdienst losging. Wie sah Ihr Weg aus, bis Sie nach Deutschland gekommen sind?

Zuerst war ich im Nachbarland Sudan. Dort habe ich mich entschlossen, den Weg nach Europa zu versuchen. Von Khartoum bin ich mit vielen anderen in einem Lkw nach Norden gebracht worden. Mitten in der Wüste kamen Libyer mit mehreren kleinen Wagen, es wurde Geld übergeben und wir mussten umsteigen. In Libyen haben wir uns versteckt und gewartet. Draußen war Krieg und Chaos; jede Familie war bewaffnet. Drei Monate war ich mit 100 Menschen in einem dunklen Keller. Es gab nur eine



Tesfazgi Solomun

Foto: Weissenberg

Toilette. Überall waren Flöhe, ständig wurden wir gestochen. Dann bin ich in einem der Boote über's Mittelmeer nach Italien gekommen. Man hat kein bestimmtes Land als Ziel. Es geht darum anzukommen. Ich habe gebetet: „Gott, bitte lass mich das Land erreichen und nicht auf dem Meer bleiben.“ In Italien habe ich gedacht, Schweden wäre gut, viele wollen nach Schweden. Oder Deutschland. Also brach ich nach Norden auf. Seit zwei Jahren und zwei Monaten bin ich in Deutschland. Vor zwei Monaten bin ich offiziell als Flüchtling anerkannt worden und habe eine Aufenthaltserlaubnis.

Wie sehen Ihre Pläne und Möglichkeiten aus?

Mein Ziel war immer, Landwirtschaft zu studieren, einen Abschluss zu machen und dann mit dem, was ich gelernt habe, zu arbeiten. Meine Paten vom Patenschaftskreis Fröndenberg und ich hatten ein Beratungsgespräch an der Fachhochschule in Soest. Dort kann ich mich bewerben, um als Quereinsteiger in den Bachelorstudiengang aufgenommen zu werden. Von den Studiensemestern aus Eritrea habe ich Bescheinigungen, davon kann eventuell etwas anerkannt werden. Als Grundlage muss ich noch eine Deutschprüfung machen und ein sechsmonatiges Praktikum auf einem landwirtschaftlichen Betrieb. Seit zwei Monaten arbeite und wohne ich jetzt hier auf dem Ausbildungsbetrieb Hof Kayser mit Ackerbau- und Schweinemast in Unna. Im November möchte ich die Sprachprüfung machen. Dann werde ich mich für das kommende Sommersemester bewerben.

Ich möchte mich gern bedanken bei meinen Paten Anni und Klaus Gruener, die wie eine Familie für mich sind, und allen anderen Ehrenamtlichen, die immer für mich da sind!

Vielen Dank für das Gespräch und alles Gute! cw



Funktionierendes Wasserversorgungssystem im Dorf Basherri in der Region Hamelmalo
Foto: EritreaHilfswerkDeutschland

Agrarindustrie im Jerichower Land

Straathof, Wesjohann, LPG-Nachfolger, Hausmann, Tillaart, de Vries u. v. a.

Der nordöstlich von Magdeburg gelegene Landkreis Jerichower Land ist vielen erst dadurch bekannt geworden, dass dort die Entscheidung eines mutigen Landrats zur Schließung der Straathof-Schweinefabrik in Gladau (bei Genthin) führte. Die 60.000 Schweine der Anlage mussten nach vielen Tierschutzverstößen verkauft werden, während andere Straathof-Anlagen im Landkreis (Kleindemsin und Parchen) vorerst noch weiter betrieben werden. Aber die Straathof-Agrarfabriken sind auch im Jerichower Land nur die sichtbarste Ausprägung der DDR-Nachfolge-Agrarindustrie.

Denn attraktiv geworden für Agrarindustrielle wie Straathof war der Landkreis Jerichower Land, wie viele andere ostdeutsche Landkreise, durch die „Vorarbeit“ der DDR, die mit der Zwangskollektivierung ehemaliger Bauernhöfe, mit dem Bau von Riesenställen der „Kombinate Industrielle Mast“ (KIM) und der erzwungenen Gründung Landwirtschaftlicher Produktions-„Genossenschaften“ (LPG), große Flächen bzw. große Ställe geschaffen hatte. Diese Strukturen wurden nach der Wende von der Regierung Kohl und durch ostdeutsche Landesregierungen bewusst durch das Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG), das die Umwandlung der LPGen in andere Rechtsformen regelte, konserviert und ausgebaut, zu Lasten von LPG-Beschäftigten, Landeigentümern und möglichen Wiedereinsteigern in die „private Landwirtschaft“. Von den ehemaligen LPG-Kadern wurde es dazu genutzt, sich die LPG-Nachfolgegesellschaften anzueignen.

DDR-Strukturen übernommen

Viele dieser LPG-Nachfolger verkaufen aktuell ihre begünstigt erworbenen Flächen und Anteile an andere Agrarindustrielle oder außerlandwirtschaftliche Investoren. Um die staatlichen Flächen, die 20 Jahre lang von der bundeseigenen BVVG zu günstigen Konditionen vergeben wurden, gibt es neuerdings einen Preiskampf. Innerhalb der LPG-Nachfolgestrukturen gibt es daher einen Interessengegensatz zwischen denen, die verkaufen wollen (und deshalb hohe Bodenpreise begrüßen), und jenen, die ihre LPG-Nachfolgebetriebe (mit staatlich gedeckelten Bodenpreisen) weiter ausweiten wollen. Und dazwischen die bisher benachteiligten Bauern, die fordern, dass die BVVG und die Landesregierungen endlich zu einer Kehrtwende in Richtung Landvergabe an Bauernhöfe

gezwungen werden. Im Kreis Jerichower Land (ehemals im DDR-Bezirk Magdeburg gelegen) übernahm der Wesjohann-Konzern („Wiesenhof“, „Grimme“) gleich nach der Einheit das Geflügel-KIM Möckern mit seinen agrarindustriellen Schlacht- und Maststrukturen für die ehemaligen „Goldbroiler“ und Enten. Straathof übernahm Gladau und andere für bis zu 30.000 Schweine ausgelegte Schweinemastanlagen. Die LIRS Agrar GmbH (Loburg-Isertobies-Rosian-Schweinitz) kam in den Besitz von Angehörigen der westdeutschen Familie Hausmann. Insider berichten, dass die Hausmanns neben ihrem Betrieb in Bedburg (NRW) und den ca. 2.500 Hektar im Landkreis Jerichower Land auch noch weitere ca. 1.000 Hektar in Dohndorf bei Köthen bewirtschaften sollen. Ehemalige DDR-Milchviehhaltungsställe und -flächen gingen auch an die Van-den-Tillaart-Gruppe, die in Lübars, Hohenzitz und Lüttgenzitz Agrar- bzw. Biogas-Unternehmen betreibt und die laut Medienberichten derzeit auf 3.500 Hektar etwa 3.000 Kühe plus Nachzucht hält. Ebenfalls aus den Niederlanden kommt Kees de Vries, der in Deetz auf derzeit 1.300 Hektar seine 700 Kühe plus Jungvieh hält, mittlerweile CDU-Bundestagsabgeordneter ist und als Ministeraspirant gehandelt wird.

Große Strukturen

In einer Antwort der Landesregierung Sachsen-Anhalt auf eine Anfrage der grünen Abgeordneten Frederking nach Tierhaltungsanlagen, die nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) der Genehmigung bedürfen (ab

560 Sauen, 1.500 Mastschweinen, 15.000 Legehennen, 15.000 Puten, 30.000 Masthähnchen), sind neben den Straathof-Anlagen folgende Agrarfabriken im Jerichower Land aufgelistet: bei Schweinen die Drewitzer Sauenhaltungs GmbH & Co. KG, Ferkelproduktion GmbH Theeßen, Schweineanlage Vehlitz (Ferkelerzeugergemeinschaft Barnstorf-Twistingring GmbH), Lübarser Ferkelaufzucht und Mast GbR (Drewitz/Möckern), Schweinemast GmbH Loburg, Sauenhaltung Lübars KG (Möckern/Lübars). Bei Geflügel sind dies die ALFRA Landwirtschaftliche Produktions GmbH in Letzkau (2x), Bördeland Landwirtschaftliche Gesellschaft mbH in Burg, Ehleland-Geflügel GmbH (Zeppernick), Geflügelhof Möckern (12 Standorte), ODEGA Hähnchenmast Genthin GmbH (2 Standorte), Paul von Lehmden Legehennenhaltung GmbH (Parey), Werner Greye Hähnchenmast (Tryppehne), Cobb Germany Avimex GmbH (Menz), WIMEX Agrarprodukte Import & Export (Karith), Lohmann & Co. AG Zweigniederlassung Geflügelhof Möckern (Lohburg).

Der Großteil der Flächen im Jerichower Land wird von ca. 40 juristischen Personen (in der Rechtsform von GmbH, GmbH & Co. KG oder e. G.) bewirtschaftet. Viele bäuerliche Betriebe im Landkreis befürchten eine weitere Verdrängung durch die Expansion dieser oder weiterer Agrarindustrieller.

*Eckehard Niemann,
Netzwerk Bauernhöfe statt
Agrarfabriken*



Ländliche Idylle in Ostdeutschland ist manchmal nur Fassade

Foto: Sawluk/pixelio

Pferdequälerei

Ein Hilfsmittel der industriellen Ferkelproduktion ist ein Hormon tragender Stuten, abgekürzt PMSG, das Sauen gespritzt wird, um deren Fruchtbarkeit zu stabilisieren. Angaben zum Einsatz in deutschen Sauenbeständen bewegen sich zwischen 15 % und 80 %, je nachdem wen man fragt. Der Einsatz von PMSG unterstützt Effizienz und Rationalisierung, da es die Tierbeobachtung vereinfacht. Gewonnen wird das Hormon, in dem tragenden Stuten auf südamerikanischen eigens zu diesem Zweck geführten Farmen mehrmals literweise Blut abgezapft wird, bis zu zehn Liter in der Woche. Die Umstände unter denen darauf spezialisierte Firmen für das lukrative Geschäft mit den internationalen Pharmakonzernen, darunter auch Merck aus Deutschland, an ihren Rohstoffen kommen sind mehr als kritisch. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung ist Haltung und Umgang mit den Stuten nicht mit den bei uns geltenden Vorstellungen von Tierschutz zu vereinbaren, die Tiere werden häufig geschlagen und durch die Prozedur sehr geschwächt außerdem ist nicht klar, was eigentlich mit den Fohlen geschieht. Eine Internet-Protestaktion wurde bereits von 45.000 Menschen unterstützt. cs

Von der Alm über die Pferdezucht zum Hirschgulasch

Nebenerwerbslandwirte auf Lehrfahrt im Zillertal

Der Bayerische Landesverband der Landwirte im Nebenberuf hatte als Ziel seiner Lehrfahrt heuer das Zillertal ausgewählt. Im Vier-Sterne-Hotel Landgut Zapfenhof in Zellbergeben wurde Quartier bezogen. Dieses Hotel wurde ausgesucht, weil dort auch eine Landwirtschaft mit 30 Milchkühen und 60 Stück Jungvieh betrieben wird. Die Milchkühe befanden sich auf der Schwarzachalm, einer Gemeinschaftsalm, die von acht Rechtlern betrieben wird. Die Alm ist eine schmale, ca. 3 km lange Talschlucht, die vom Bächlein Schwarzach durchflossen wird; das Wasser fließt aus der schneebedeckten Schwarzachscharte. Eine Besonderheit der Alm ist, dass jeder der Rechtlern jeweils zwei Sennhütten und zwei Ställe hat.

Heumilch von der Alm

Im Frühjahr wird in der Niederung mit dem Weiden begonnen. Die Tiere werden zum Melken im Stall versorgt, der Senn wohnt in der Sennhütte. Sind die Tiere im oberen Teil angelangt, so werden die Ställe und Sennhütten am oberen Ende der Alm benutzt. Die Heumilch wird täglich vom LKW abgeholt. Die Alm ist durch eine Sandstraße erschlossen. Am Samstag Früh wanderte die Reisegruppe zur oberen Alm in 1400 m Höhe, dort wurde durch zwei Köche und den Juniorchef ein reichhaltiges Frühstück serviert. Der Senn zeigte seine Kochkunst mit einem köstlichen Kaiserschmarrn. Der Juniorchef arbeitet hauptsächlich im Hotel, hat aber eine landwirtschaftliche Ausbildung und konnte uns bei der Wanderung die Almwirtschaft gut erläutern. Auf einer noch höher gelegenen Alm befinden sich 60 Stück Jungvieh und

Schafe ohne Hirten. Bereits nach zwei Tagen wird das Heu eingefahren, die Resttrocknung erfolgt durch Heubelüftung. Das Heu riecht sehr gut, hat eine schöne grüne Farbe und, was vor allem wichtig ist, es gibt bei diesem Verfahren keine Bröckelverluste, die Blätter sind noch alle dran. Es wird keine Silage verfüttert. Durch Kraftfutterzugaben, auch auf der Alm, wird eine gute Milchleistung erzielt. Für das Jungvieh wird fast das ganze Winterfutter in Form von Heu zugekauft. Auch für die Kuhherde reicht das eigene Heu nicht ganz aus. Durch den guten Heumilchpreis von ca. 40 Cent, den die Sennerei Mayrhofen bezahlt, ist der Heuzukauf interessant.

Neueinstieg mit Direktvermarktung

Fast am unteren Ende des Zillertals wurde der Lengauhof in Ginzling-Dornauberg aufgesucht. Das junge Ehepaar Kern hat dort als Quereinsteiger einen alten Bauernhof gekauft. Kurz darauf wurde ein Neubau erstellt. Im Erdgeschoss des Wohnhauses befindet sich die Verarbeitung der hofeigenen Produkte. In einem modernen Schlachthaus werden Kälber und Jungtiere geschlachtet. Im Milchraum wird qualitativ hochwertige Bio-Heumilch zu naturbelassenen (also ohne künstliche Zusätze) Bio-Heumilchprodukten verarbeitet. Es wird Bio-Naturjoghurt und Bio-Speisetopfen, Bio-Sauerrahmbutter und Bio-Käse erzeugt. Im Hofladen werden die Produkte an Kunden der Umgebung verkauft. Auch werden Hotels beliefert. Mit nur zwölf Kühen kann die Familie Kern somit überleben. Auch hier wird keine Silage gemacht und das Heu in der Scheune mit Heutrocknung haltbar gemacht. Bereits bei der Ankunft

wurde die Gruppe von drei jungen Harmonikaspielern, der Tochter der Familie Kern und den Kindern der Schwester, empfangen. Bei einer „Jause“ wurden die Hofprodukte mit großer Anerkennung verspeist. Ein ca. 2,5 ha großes Grundstück ist so steil, dass es nur von Hand gemäht werden kann. Wegen der Bereitschaft zu so viel harter Handarbeit wurde das Ehepaar Kern allseits bewundert.

Eigene Haflingerzucht

Anschließend wurde der Kiendlerhof in Schörmis-Schwendau besichtigt. 1953 wurde der Hof ausgesiedelt. Die 25 Kühe geben im Schnitt 8.900 Liter Milch und werden im Sommer, so wie auch das Jungvieh, auf einer Alm in 1750 bis 2050 m Höhe gesömmert. Der Heumilchpreis liegt bei 42 Cent. Auf dem Betrieb werden 13 ha Eigenland und 10 ha Pachtfläche bewirtschaftet. Ein weiterer sehr wichtiger Betriebszweig ist die Haflingerzucht. Es werden zur Zeit 23 Haflingerzuchtstuten gehalten. Die 2010 geborene Jungstute Sylvia wurde im letzten Jahr zur Weltsiegerstute erkoren. Kutschfahrten und im Winter Schlittenfahrten sind eine weitere Einnahmequelle. In einem neu erbauten Haus sind zehn Gästezimmer eingerichtet. Auf dem Betrieb wurde die große Sauberkeit gelobt. Der Kuhstall wurde um einen Teil für das Jungvieh erweitert und eben fertig gestellt. Der Chef Hannes Neuner ist der Vorstand des Welthaflingervereins und in seiner Funktion viel unterwegs. Der Sohn macht den Eindruck eines sehr versierten und tüchtigen Juniorunternehmers.

Am Sonntag wurde noch der Paulerhof in Hippach-Schwendberg

auf dem Zufahrtsweg zur Zillertaler Höhenstraße besucht. Dort wird ein kleines Rotwildgehege am Haus betrieben. Im geräumigen Schlachtraum konnten wir einen mächtigen Hirschkopf mit mächtigem Gehörn besichtigen, im Kühlraum hing der überaus große Schlachtkörper. Es handelte sich um den Althirsch, der kürzlich gegen einen jüngeren eingewechselt wurde. Im kleinen netten Gasthaus konnten wir das Hirschfleisch und andere regionale Gerichte gleich ausprobieren. Die Mutter mit den zwei Töchtern betreiben die Gastwirtschaft und im Winter einen Kiosk auf dem Schilift. Der Sohn ist hauptsächlich für die Hirschhaltung zuständig.

Bei schönem Wetter konnte die Reisegruppe die herrliche Gegend bewundern. Auch die ausgesuchten Betriebe wurden allseits gelobt. Besonders angenehm fiel auf, dass jede noch so steile oder kleine Fläche genutzt bzw. gepflegt wurde. Die Bereitschaft zur Handarbeit der Zillertaler Bergbauern kann man überall spüren.

Eine kleine, nicht angekündigte Überraschung war der Besuch des „lustigen Friedhofs“ in Kramsach. Über die lustigen Sprüche auf den Grabkreuzen wurde viel gelacht.

Die Fahrtteilnehmer stammten zum größten Teil aus dem Landkreis Freyung-Grafenau, aus Regen und Passau. Aber auch Teilnehmer aus Baden-Württemberg, aus Unterfranken und sogar eine Teilnehmerin aus dem Großraum Hamburg waren mit der Lehrfahrt zufrieden.

*Karl Fuchs,
Vorsitzender im Verband der
bayerischen Nebenerwerbslandwirte*



Ein umfangreiches, abwechslungsreiches und informatives Programm hatten die Nebenerwerbslandwirte auf ihrer Lehrfahrt ins Zillertal absolviert.

Foto: Fuchs

Herbsttagung der



in Kooperation mit der Evangelischen Jugend in ländlichen Räumen (ejl) und LEB

Agrarökologie in der bäuerlichen Praxis

von 19. bis 20. November 2015
in Altenkirchen

Donnerstag, 19. November

17 Uhr Vorstellung und Einführung

19 Uhr Impulsvorträge

Perspektiven zur Agrarökologie im deutschen und internationalen Kontext

19.30 Uhr Fishbowl-Diskussion

- Wie kann Agrarökologie in Deutschland gelebt werden?
- Wie können die Erfahrungen lange praktizierender Bäuerinnen und Bauern gesammelt und weitergegeben werden?

Freitag, 20. November

9 Uhr Open Space

u. a. Klima und Landwirtschaft
Agrarökologie-Dialog gestalten – Saatgut

13.30 Uhr Teilen der Ergebnisse des Open Space und gemeinsame

Abschlussrunde

Agrarpolitische Tagung der



in Kooperation mit der Evangelischen Jugend in ländlichen Räumen (ejl)

von 20. bis 23. November 2015
in Altenkirchen

Bis 14:00 Uhr Anreise, Ankommen, Anmeldung

15:30 bis 17:00 Uhr Werkstatt – Gespräche:

Europäische Agrarreform, Die Kampagne 40 Jahre AbL / Bauernstimme, Agrarsozialversicherung, TTIP und CETA, Gentechnik, Leguminosen, Bäuerliche Bodenbörse

19:00 Uhr Gastbeitrag:

Sagari Ramdas, Food Sovereignty Alliance Indien und Kerstin Lanje, Misereor berichten über die aktuelle Situation der Bäuerinnen und Bauern in Indien

20:00 Uhr „Europäische Landwirtschaft in der Krise –

Wege für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft“

Podiumsreferenten:

Wolfgang Reimer, Ministerialdirektor Landwirtschaftsministerium Baden-Württemberg; Daniel Wendling, REWE-Group, Region Mitte; Benedikt Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft; sowie Gertraud Gafus, Martin Schulz und Ottmar Ilchmann aus dem AbL-Bundesvorstand

Samstag, den 21. November 2015

9:00 bis 12:00 Uhr Diskussionsforen

- I Milch - Aktuelle Situationsanalyse und weiteres Vorgehen
- II Die aktuelle Tierwohldebatte –
- III Die Herausforderungen des Klimawandels für den Ackerbau
- IV Ernährungssouveränität – Bedeutung und Strategieentwicklung
- V Biolandwirtschaft – grenzenloses Wachstum?

13:30 Uhr Ende der Tagung

13:45 Uhr AbL-Mitgliederversammlung

Kurzer Bericht zum AbL-Bauernblatt-Verlags GmbH, Finanzbericht, Bericht der Kassenprüfer, Bericht der AbL-Geschäftsführung, AbL-Vorstandsbericht mit Ausblick auf die kommende Arbeit, Anträge, u.a. Beratung und Beschlussfassung über eine neue AbL-Satzung

Sonntag, den 22. November 2015

9:45 bis 11:00 Uhr Nachlese - Frühschoppen der AbL-MV

11:00 Uhr Abreise

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 € 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreislise 2015: www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Dezember ist der 13. November 2015.** Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm



Herzlichen Glückwunsch

Wie gratulieren dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der Abl und Mitbegründer der Upländer Bauernmolkerei Josef Jacobi ganz herzlich zum siebzigsten Geburtstag.

Abl-Mitarbeiter, Vorstand und Redaktion

Hof und Arbeit

• **Zukunft:** Bäuerliche Landwirtschaft! Fleißiges Paar (27/36) sucht landwirtschaftlichen Betrieb (Voll-/Nebenerwerb) im Raum Ostbayern auf Leibrentenbasis o. Ä. Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften! Chiffre: 11-2015

Sonstiges

• **Heurundballen** 160 cm und kleiner aus Ernte 2014/2015 zu verkaufen. Raum 19348 Perleberg (Brdg). Kontakt: ☎ 01511 / 52 18 289, bitte nach 20 Uhr.

• **Obstbäume** in historischen und bewährten Sorten für den Garten, den Hof und die Streuobstwiese. Bioland-Baumschule PFLANZLUST, Infos: www.biobaumversand.de

Preiswert europaweite Transporte! www.spedition-klaus-rundt.de www.rundt-holz-pellets-briketts.de Spedition@Klausrundt.de ☎ 04188/89 30-0

Tiere

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

LEGUMINOSEN
AUSGESÄT,
UND DANN...

EFN
Eiweißfutter aus Niedersachsen

Stellen Sie Ihre erwartete oder reale Erntemenge unverbindlich in die Warenbörse ein!

Wir unterstützen Sie bei der Vermarktung!
Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507
9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Grundstücke für Windenergieanlagen gesucht!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
T. 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de www.wpd.de



Frohes Schaffen!?

Arbeit in der Landwirtschaft

01.- 05.12.2015

Lebensmittel in Deutschland sind heutzutage so günstig wie noch nie. Wie diese produziert und verarbeitet werden, ist den meisten Verbraucher_innen nicht bekannt. Im Rahmen der 23. Witzenhäuser Konferenz wird die Arbeit in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette in Form von Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden aus verschiedenen Perspektiven betrachtet.

Anmeldung und Information: email: konferenz@wiz.uni-kassel.de, Tel.: 01575 - 1107759, www.konferenz-witzenhausen.de, Veranstaltungsort: Große Aula, Nordbahnstraße 1 A, 37213 Witzenhausen



Veranstaltungen

Gefahren von Round up & Co.

03.11.2015, Berlin, 11.00 Uhr
Ziel der Tagung ist, entwicklungspolitische Akteure über die Gefahren des Einsatzes von Glyphosat und anderen Pestiziden insbesondere in Entwicklungsländern zu informieren und aufzuzeigen, welchen Handlungsbedarf und welche Handlungsoptionen es für die Zusammenarbeit gibt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, Berlin, www.agrarkoordination.de

„Stille Macht“

05.11.2015, 19.30 Uhr
Die Berliner Compagnie gastiert mit ihrem Stück: „Stille Macht“. Eine Lobbyistenkomödie mit Evergreens und Schmachtfetzen passend zu den Diskussionen um das Freihandelsabkommen TTIP. An diesem Abend nähert man sich den Themen Lobbyismus, Freihandel und „Stille Macht“ auf kurzweilige und kreative Art.

Ort: Mehrzweckhalle, Schulstr. 2, 97294 Unterpleichfeld,

Glyphosat und die Folgen

04.11.2015, Ulm, 20.00 Uhr
Die Glyphosat-Expertin Prof. emer. Monika Krüger im Dialog mit Landwirten und Konsumenten zum Thema: Glyphosat und die Folgen für Mensch, Tier und Boden.

Ort: Einstein-Haus (vh), Club Orange, Kornhausplatz 5, Ulm

Widerstand gegen Tierfabriken

05.11.2015, Dillingen, 19.30 Uhr
Das Aktionsbündnis „Stoppt den Saustall“ und die Abl Schwaben veranstalten mit dem Referenten Jörg Bergstedt einen Diskussionsabend mit Ton-Bilder Schau. Thema: Widerstand gegen Tierfabriken - anhand erfolgreicher Strategien am Beispiel Agrotechnik.

Ort: Chili Kulturkneipe, Georg-Schmid-Ring 1, 89407 Dillingen

Ernährungssouveränität

06.11.2015, Hannover, 17.00 Uhr
Das Agrarbündnis Niedersachsen lädt ein zu einem Film- und Infoabend. Die Veranstaltung beginnt mit dem Film „10 Milliarden“ von Valentin Thurn. Es folgt eine Diskussion mit dem Filmemacher und die Vorstellung der Regionalinitiativen.

Ort: Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, Unkostenbeitrag: 6,- Euro für Imbiss

8. Züchtertagung DSN

07.11.2015, Grebenstein, 10 Uhr
8. Züchtertagung Deutsches Schwarzbuntes Niederungsgrind mit Vorträgen und Diskussionen.

Tagungsbeitrag: 20,- €, Anmeldung und Information: ruebesam@uni-kassel.de, Tel: 05542-981608, Ort: Hessische Staatsdomäne, Frankenhäuser Festsaal, 34393 Grebenstein

Glyphosat in aller Munde

12.11.2015, Lemgo, 19.00 Uhr
Vortrag von Dr. Peter Hamel: „Glyphosat muss vom Acker und aus den Nahrungsmitteln!“

Ort: Hochschule OWL, Bunsenstraße, Raum 2.144, Hauptgebäude, Lemgo

Solawi - gemeinsam!

13.-15.11.2015, Zierenberg
Einladung zum Netzwerktreffen Solidarische Landwirtschaft. Programm: Solawi EinsteigerInnenworkshop, Markt der Projekte, Ausrichtung der Netzwerkarbeit, Wahlen der Räte, Workshopangebote, Open Spaces.

Ort: Lebensbogen, Auf dem Dörnberg 13, 34289 Zierenberg, Infos und Anmeldung: www.solidarische-landwirtschaft.org

Blühende Ortschaften

13.-15.11.2015, Tharandt
Referentenworkshop zum Thema: Blühende Städte und Ortschaften am Beispiel Sachsens.

Information und Anmeldung: <http://johannishöhe.de/seminare/>

Bäuerinnenfrühstück&Vortrag

16.11.2015, Pähl, 9.00 Uhr
19.11.2015, Grossweil, 9.00 Uhr
Frau Gabriele Jocher zum Thema: „Frieden zwischen den Generationen auf dem Hof - Wunschtraum oder Wirklichkeit?“

Ort: 16.11.2015, Cafe Kasprowitz, Gut Kerschlach, 82396 Pähl, 19.11.2015, Hofcafe am Stern, Stern 2, 82439 Grossweil

ABL Landraub

23.11.2015, Oberhausen, 20.00 Uhr
Die Abl Regionalgruppe Oberland lädt ein, zum Vortrag mit Diskussion: „Landraub - Wem das Land gehört, dem gehört die Zukunft“ mit Frau Margit Olberz von FIAN.

Ort: Gasthaus Stroblwirt, Dorfstraße 6, 82386 Oberhausen

Öko-Modellregionen Hessen

30.11.2015, Witzenhausen, 10 Uhr
Hochschultag gemeinsam mit dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH). Ein Forum zum fachlichen Austausch von Wissenschaft, Beratung und Praxis. Es dient in diesem Jahr als Auftaktveranstaltung für die neu initiierten Ökolanbau-Modellregionen in Hessen. Eine Plattform, um miteinander ins Gespräch zu kommen, Ideen auszutauschen, Gedanken weiter zu entwickeln und ein breites Netzwerk aufzubauen.

Anmeldung unter: www.llh.hessen.de

5. Leguminosentag: Wertschöpfungsketten für NRW

18.11.2015, 10.00 - 16.00 Uhr

Abnehmer und Händler spüren zunehmend Anfragen zur Abnahme von Körnerleguminosen, können aber häufig die Silos noch nicht füllen. Wie bringen wir also in NRW die Akteure entlang der Wertschöpfungsketten zusammen? Was braucht es, um diese Wertschöpfungsketten weiterzuentwickeln?

Aus dem Programm:

- Chancen für eine nachhaltigere Eiweißfuttermittelversorgung
- Greening - Rückblick 2015 & Ausblick 2016
- Unkrautmanagement bei Körnerleguminosen
- Möglichkeiten der Vermarktung von Ackerbohnen und Erbsen

Ort: Versuchs- und Bildungszentrum Landwirtschaft Haus Düsse Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Anmeldung: www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/weiterbildung/2015-11-18-leguminosentag.htm
Tagungsbeitrag: 40,- € inkl. Mittagessen und Tagungsgetränke, 30,- € für Unternehmen mit Beratungsvertrag der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Abl-Mitglieder, Schüler und Studenten

Fotoausstellung: Vom Acker in den Futtertrog

Im Rahmen der Landwirtschaftstagung NRW 2015: „Landwirtschaft ohne Grenzen? Für eine nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft“ zeigt das Projekt erstmalig eine großformatige Fotoausstellung, die die Bedeutung heimischer Leguminosen als Eiweißfuttermittelalternative zu Sojabohnen aus Übersee darstellt.

Termin: 19.-20.11.2015, Evangelische Akademie Villigst, Iserlohner Straße 25, 58239 Schwerte. Anmeldung: www.akademie-villigst.de

Weitere Termine:
20.-22.11.2015, Altenkirchen - Abl Bundesmitgliederversammlung;
Januar 2016 - Landwirtschaftsministerium Düsseldorf



Herbsttagung Landesverband Niedersachsen

08.11.2015, 9.45 - 16.00 Uhr

Tierschutz planen für bäuerliche Betriebe

Programm:

- Rundgang über das Gelände des Ausbildungszentrums Echem Frau Wojahn und Dr. Clar
- Umsetzung von Tierwohl und Tierschutzplan in Niedersachsen Thomas Dosch (Landwirtschaftsministerium)
- Artgemäße und zukunftsfähige Schweinehaltung, J. Hempler
- Tierwohlgerechter Umbau von Altgebäuden, Gabi Mörxmann
- Zukunft der Tierhaltung in Niedersachsen – wie packen wir's an? Abschlussdiskussion

Ort: Landwirtschaftliches Bildungszentrum Echem, Zur Blecke 6, 21379 Echem
Unkostenbeitrag 20,- € für Kaffee und Mittagessen.
Für Studenten, Arbeitslose etc. auf Antrag Verbilligung.
Anmeldung zum Mittagessen: o.ilchmann@yahoo.de, Tel.: 04967/334

Zerstörerische Strategie - billiger Rohstoff Milch

Weiter so, geht nicht! Neue Wege in der Milchpolitik
Tagungen in Süd- und Norddeutschland

19.11.2015 - Aichstetten, 10.00 - 15.30 Uhr
24.11.2015 - Westerstede, 10.00 - 15.00 Uhr

Auf den Tagungen wird die aktuelle Situation auf dem europäischen Milchmarkt vorgestellt. Zu einer umfassenden Analyse gehört auch die Einordnung der Exportentwicklung der Milchprodukte in Europa und die Chancen und Risiken einer Exportorientierung für die deutschen Erzeuger, aber auch in ärmeren Länderregionen dieser Erde, die ebenfalls Ziele der EU-Exporte sind. Auch spielt die Erzeugung von Qualitätsmilch eine Rolle in dieser Debatte.

Was für eine Milcherzeugung ist zukunftsfähig? Welche Möglichkeiten hat die Politik? Mit RednerInnen aus Praxis, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und aus Indien. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Veranstaltungsorte:
Tagung in Süddeutschland: Pfarrstadel, Schulstraße 2, 88317 Aichstetten, Baden-Württemberg
Tagung in Norddeutschland: Sonnenhof, Langebrügger Straße 57, 26655 Westerstede, Niedersachsen

Eine Veranstaltung von:



Gefördert durch: BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschritt: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-presse Druck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

ABL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle: Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren: Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft: Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“: Luiz Massucati, Tel.: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik: Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

ABL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der ABL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
Straße: _____
PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
Telefon/Fax E-Mail: _____

ABL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredeburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südniedr.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllalgau@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____



Möge die Kartoffel mit dir sein!

Hollywood hat schon angerufen beim Kartoffelbauern; sie suchen Darth Vader, beziehungsweise jemanden, der kurzfristig als Darsteller einspringt. Und wer könnte böser gucken und mehr Körpermasse zwecks Leinwandpräsenz vor die Kamera bringen als der Typ, übrigens 100 Prozent Biobauer aus der Lüneburger Heide, aus dem aktuellen Internetclip des Videovirtuosen Jakob Grunert für die Initiative „mehr.bio.de“? Zudem hat der Kostümschneider schon grünes Licht gegeben, die Latzhose lässt sich problemlos gegen den schwarzen Elektroschrott vorm Bauch tauschen und der Mantel wird perfekt passen. Kartoffeln und starke Männer (gerne böse guckend), da geht medial schon seit Jahrhunderten kein Blatt dazwischen. Berühmtester Protagonist ist sicher Ur-Seewolf Raimund Harmstorf. Generationen fanden vor Röhren-TVs und psychedelischen Wandtapeten in orange-braun zusammen, als er im Weihnachtsvierteiler 1971, hünenhaft und – natürlich – böse guckend, seine übermenschliche Kraft demonstrierte und eine Kartoffel mit der bloßen Hand zerdrückte. Eine Nation stellte sich damals unterm Christbaum nur eine Frage: „War sie roh oder gekocht?“

Heute ist die Welt mehr orange-braun als schwarz-weiß, das musste Gangsta-Rapper Volcan aus Berlin

erfahren. Ein Student der Filmhochschule München machte mit ihm 2008 ein Video, in dem sie den – damaligen – Pfanni-Kartoffelpüree-Werbeslogan „100 Prozent deutsche Kartoffeln“ durch den Kakao ziehen wollten. „Die Zeit ist reif/ Ich werde nicht mehr warten/ Opfer, begreif:/ Ich hol dich aus dem Garten/ Ich werd dich klatschen, zerfetzen, zerquetschen/ Mach keine Faxen, jetzt gibt's Action“, rappt Volcan, ein Schrank mit Glatze in Vorstadtghettokulisse. Dann fällt seine Gang mit ein: „100 Prozent deutsche Kartoffeln/ 100 Prozent, ich tu dir weh/ 100 Prozent deutsche Kartoffeln/ 100 Prozent Kartoffelpüree.“ Dann zerquetscht der Stadtwolf mit Migrationshintergrund, wir ahnen es, mit bloßer Faust eine Kartoffel – ganz, ganz böse guckend. Ein Schriftzug erscheint: „Unser Mitarbeiter des Monats“. Danach das Logo: „Pfanni – 100 Prozent deutsche Kartoffeln“. Rechtsextreme entfachten nun den totalen Krieg im Internet, kaum dass der Film auf einem Werbefilmfestival Preise gewonnen hatte. Schließlich sei die Kartoffel – da Schimpfwort im Schulhofdijihad, so die rechte Logik – Synonym für den Deutschen schlechthin. Falls nun Pfanni – oder Unilever, Mutterkonzern des reaktionären Kleisters – dieses Video gutgeheißen oder gar in Auftrag gegeben haben sollte,

müsse mit Boykott der Produkte zurückgeschossen werden. Der Foodgigant reagierte prompt, distanzierte sich – nicht von den Rechten, sondern vom Video, sorgte dafür, dass der Clip aus legalen Kanälen im Netz verschwand und änderte seinen Slogan. „100 Prozent Heimat“ verspricht nun nur noch ein kleines Hutzelmännlein von Kartoffelbauer. Ein tennisbesockter Sandalenträger wird dem Produkt der Stärke nur noch mit Messer und Gabel Herr, statt mit der bloßen Hand.

Wir mussten lange warten auf die Rückkehr der Macht, die in der Knolle liegt, aber jetzt kommt der ultimative Film dazu. Mehrbio macht die Kartoffel nicht zum Vehikel, sondern zum Star, indem sie alle, die mit ihr zu tun haben, ohne Messer und Gabeln an einen Tisch holt. Vergesst Laserschwerter; nur Biokartoffeln taugen, um Flugobjekte sachgerecht aus den Sternen zu holen. Stärke muss nicht mehr durch Zermatschen entblößt werden, böse gucken reicht und das Upgrade des guten alten Spruchs, der nun lautet: „Die schlauesten Bauern haben die stärksten Kartoffeln.“

cs

www.mehrbio.de

unabhängige Bauernstimme: eine Quelle der Stärke

11/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
 - per SEPA-Lastschriftmandat
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.